

Oberösterreichischer



Landesrechnungshof

Initiativprüfung

Rechnungsabschluss 2008

des Landes OÖ

Bericht

Auskünfte

Oberösterreichischer Landesrechnungshof

A-4020 Linz, Promenade 31

Telefon: #43(0)732/7720-11426

Fax: #43(0)732/7720-214089

E-mail: post@lrh-ooe.at

Impressum

Herausgeber: Oberösterreichischer Landesrechnungshof
A-4020 Linz, Promenade 31

Redaktion und Grafik: Oberösterreichischer Landesrechnungshof
Herausgegeben: Linz, im Juni 2009

Inhaltsverzeichnis

Kurzfassung	1
Rechnungsabschluss 2008	5
Kassenabschluss	5
Haushaltsrechnung	6
Haushaltsergebnisse	6
Soll-Ergebnis	6
Ist-Ergebnis	6
Maastricht-Ergebnis	7
Ordnungsmäßigkeit der Haushaltsrechnung	7
Finanzpolitische Ziele und Zielerreichung	8
Vollzug des Voranschlages	9
Voranschlag und Nachtragsvoranschlag	9
Abweichungsanalyse	10
Einnahmen- und Ausgabenrückstände	10
Entwicklung	10
Einzelne Einnahmenrückstände	11
Haushaltsanalyse auf Basis der Querschnittsrechnung	13
Laufende Gebarung – öffentliches Sparen	16
Vermögensgebarung (ohne Finanztransaktionen)	20
Finanztransaktionen	21
Nachweise zur Haushalts- und Finanzsituation	22
Personal	22
Personalausgaben	22
Anzahl der Beschäftigten	24
Pensionen	24
Rücklagen	24
Rücklagenstand	24
Haushaltsrücklage	26
Rücklage zur Übertragung von Ausgabekrediten	27

Schulden	28
Finanzschulden	28
Noch nicht fällige Verwaltungsschulden	29
Darlehen und noch nicht fällige Verwaltungsforderungen	30
Haftungen	31
Verwahrgelder und Vorschüsse	32
Wertpapiere	33
Beteiligungen	34
OÖ Landesholding GmbH und indirekte Beteiligungen des Landes	34
Energie AG Oberösterreich	35
Verkauf von Anteilen der Energie AG	35
Sonstige Schwerpunktthemen	36
Aufbau eines internen Kontrollsystems	36
Projekttablauf	36
Zahlungsvollzug und Kassenmanagement	37
Umstellung von Untervoranschlägen in Wirtschaftspläne für Landespflege- und Betreuungszentren sowie für Kinderheime	37
Umsetzung von Empfehlungen aus der Prüfung des RA 2007	38
Reduzierung des Finanzbedarfes zum Haushaltsausgleich	38
Verzicht auf endfällige Fremdmittelaufnahmen	39
Standardisierung von Bewirtschaftermeldungen für noch nicht fällige Verwaltungsschulden	39

Abkürzungsverzeichnis / Glossar

Begriff	Erklärung
A	
Ausgliederung	Auslagerung von Aufgaben (Tätigkeiten) der öffentlichen Hand auf Rechtsträger des Privatrechts (GmbH oder AG), wobei der ausgegliederte Rechtsträger im Eigentum der ausgliedernden Körperschaft steht oder zumindest von dieser beherrscht wird
B	
Barwert	Auf einen bestimmten Stichtag durch Abzinsung der künftigen Zahlungen ermittelter Wert
BH, BHs	Bezirkshauptmannschaft(en)
BhG	Oö. Behindertengesetz 1991 – Oö. BhG 1991
C	
ChG	Landesgesetz betreffend Chancengleichheit von Menschen mit Beeinträchtigungen 2008 (Oö. Chancengleichheitsgesetz)
E	
Endfällige Fremdmittel	Das Fremdkapital (Anleihen oder Darlehen) wird am Ende der Laufzeit in einer Summe zurückgezahlt bzw. getilgt. Während der Laufzeit werden nur die Zinsen gezahlt.
Ertragsanteile an gemeinschaftlichen Bundesabgaben	Abgaben, die gemäß Finanzausgleichsgesetz zwischen Bund und Ländern (Gemeinden) geteilt werden
ESVG 95	Europäisches System volkswirtschaftlicher Gesamtrechnung aus 1995
Eurostat	Statistisches Amt der Europäischen Gemeinschaften
F	
Finanzschulden	Im Wesentlichen Geldverbindlichkeiten, die zur Verschaffung von Deckungsmitteln für den eigenen Haushalt aufgenommen werden oder außergewöhnliche Finanzierungserleichterungen, bei denen die Zahlung um mehr als zehn Jahre hinausgeschoben wird
G	
gespag	Oö. Gesundheits- und Spitals-AG
Ggr.	Gebarungsgruppe

H

Haushalt	Ausgaben und Einnahmen, die Gegenstand der Veranschlagung sind (voranschlagswirksame Gebarung) – im Gegensatz zur durchlaufenden bzw. voranschlagsunwirksamen Gebarung
Hgr.	Haushaltsgruppe
HO	Haushaltsordnung des Landes OÖ gemäß Beschluss der Oö. Landesregierung vom 18.5.1998 idgF

I

IKS	Internes Kontrollsystem
Innere Anleihe	Budgetvorgriff
Ist-Ergebnis	Differenzwert zwischen kassenwirksamen Einnahmen und kassenwirksamen Ausgaben

K

Kapitaltransfer(-zahlung)	Zahlungen für Investitionszwecke von/an Gebietskörperschaften oder andere Dritte
Kassenabschluss	Bestandteil des Rechnungsabschlusses, der die Kassengebarung darstellt
KEH	Kapitalerhöhung
KZ	Kennziffer

L

Laho	OÖ Landesholding GmbH
LAO	Oö. Landesabgabenordnung 1996 – Oö. LAO 1996 idgF
LDZ	Landesdienstleistungszentrum (beim Linzer Hauptbahnhof)
LIG	Landes-Immobilien GmbH
LKiH	Landeskinder- und Jugendwohnheim(e)
LPBZ	Landespflege- und Betreuungszentrum/-zentren
LRH	Oö. Landesrechnungshof
LT	Landtag

M

Maastricht-Ergebnis	Zielgröße für die Verpflichtungen gemäß Europäischem Stabilitäts- und Wachstumspakt. Diese volkswirtschaftliche Größe wird auf gesamtstaatlicher Ebene errechnet. Das Land OÖ hat dazu in der Haushaltsführung nur einen Beitrag zum Maastricht-Ergebnis (Stabilitätsbeitrag) zu erwirtschaften, der mit wenigen Abweichungen dem Finanzierungssaldo im Rechnungsquerschnitt entspricht.
MTG	Musiktheater Linz GmbH

N

Nfg.	Nachfolger
Noch nicht fällige Verwaltungsschulden	Verbindlichkeiten des Landes, deren Rechtsgültigkeit und Höhe zwar feststeht, deren Fälligkeit am Ende des Finanzjahres aber noch nicht eingetreten ist
NVA	Nachtragsvoranschlag, -voranschläge

O

Oö. FIUGG 2008	Oö. Fleischuntersuchungsgebührengesetz 2008
Oö. LRHG	Oö. Landesrechnungshofgesetz, LGBl. Nr. 38/1999 idgF
Österreichischer Stabilitätspakt	Vereinbarung zwischen Bund, Ländern und Gemeinden zur Verstärkung der Stabilitätsorientierung ihrer Haushaltsführung

P

PGG	Oö. Pflegegeldgesetz idgF
-----	---------------------------

Q

Querschnittsrechnung	Übersicht aller Einnahmen und Ausgaben im Rechnungsquerschnitt
Quote öffentliches Sparen	Überschuss bzw. Ergebnis aus der Gegenüberstellung der laufenden Einnahmen und Ausgaben im Verhältnis zu den laufenden Ausgaben des Rechnungsquerschnittes

R

RA	Rechnungsabschluss
RL	Rücklage(n) – Beträge, die in einem Haushaltsjahr nicht ausgegeben werden und daher für das folgende Jahr zur Verfügung stehen (Haushalts- und Finanzreserven)
RQ	Rechnungsquerschnitt – ökonomische Gliederung aller Einnahmen und Ausgaben in zwei Bereiche (laufende Gebarung und Vermögensgebarung)

S

SAP	Rechnungswesen-Software des Landes OÖ
SHG	Oö. Sozialhilfegesetz 1998 idgF
SHV	Sozialhilfeverband
Soll-Ergebnis	Einnahmen minus Ausgaben (laufendes Soll); das „laufende Soll“ entspricht der Anordnung bzw. dem Erfolg.

T

TIG	OÖ Thermen-Immobilien GmbH
-----	----------------------------

Transferzahlungen	Einnahmen und Ausgaben für Leistungen der öffentlichen Hand, aber auch von Unternehmen und Haushalten ohne unmittelbare Gegenleistung
Triple-A-Rating	Bonitätsbewertung durch Standard & Poors
U	
Ü-Mittel	Nicht verbrauchte Ausgabekredite, die in das Folgejahr übertragen werden (Übertragungsmittel)
UVS	Unabhängiger Verwaltungssenat
V	
VA	Voranschlag; er ist Auftrag und Ermächtigung des Landtags, die Wirtschaft des Landes zu führen.
VBÄ	Vollbeschäftigtenäquivalent(e)
Verwahrgelder	Nicht haushaltswirksame Einnahmen mit Rückzahlungs- bzw. Weiterleitungsverpflichtung
Vorschüsse	Nicht haushaltswirksame Ausgaben mit Rückforderungsanspruch
VRV	Voranschlags- und Rechnungsabschlussverordnung, BGBl. Nr. 787/1996 idgF; mit dieser Verordnung werden die Form und Gliederung der Voranschläge und Rechnungsabschlüsse der Länder, der Gemeinden und von Gemeindeverbänden geregelt.
VSt.	Voranschlagsstelle
W	
WAG-Genussrechte	Genussrechte der Beteiligungs- und Wohnungsanlagen GmbH & Co OEG
WBF	Wohnbauförderung
WOV 2015	Das langfristige Management- und Unternehmenskonzept des Landes OÖ
WP	Wertpapier(e)

Der Landesrechnungshof (LRH) hat in der Zeit vom 17.2.2009 bis 30.4.2009 eine Initiativprüfung im Sinne des § 4 Abs. 1 Z. 1 in Verbindung mit § 2 Abs. 1 Z. 1 des Oö. LRHG, LGBl. Nr. 38/99 idgF, durchgeführt.

Gegenstand der Prüfung war der Rechnungsabschluss (RA) des Landes Oberösterreich für das Verwaltungsjahr 2008 und der Stand der Umsetzung von Anregungen und Empfehlungen aus der vorjährigen RA-Prüfung.

Die Prüfung des RA erstreckte sich primär auf die Feststellung des Kassenbestandes, die Vollständigkeit und Richtigkeit der Haushaltsrechnung und der Nachweise sowie auf folgende Schwerpunktthemen:

- Analyse der Haushalts- und Finanzsituation des Landes OÖ,
- Stand der Umsetzung der vom Finanzausschuss am 19.6.2008 im Zuge der vorjährigen RA-Prüfung beschlossenen Empfehlungen,
- Aufbau eines internen Kontrollsystems in der Landesbuchhaltung und
- Umstellung von Untervoranschlägen auf Wirtschaftspläne für Landespflege- und Betreuungszentren sowie für Landeskinder- und Jugendwohnheime.

Das Prüfungsteam setzte sich aus Martin Mühlbacher MBA als Prüfungsleiter, Pauline Gmeiner, Daniela Grillberger und Mag. Thomas Hammer zusammen.

Das vorläufige Ergebnis der Prüfung wurde den Vertretern der Direktion Finanzen und dem Landesfinanzreferenten in den Schlussbesprechungen am 4.6.2009 und 9.6.2009 zur Kenntnis gebracht.

Nachstehend werden in der Regel punktweise die Sachverhaltsdarstellung (Kennzeichnung mit 1 an der zweiten Stelle der Absatzbezeichnung), deren Beurteilung durch den LRH (Kennzeichnung mit 2), die Stellungnahme der überprüften Stelle (Kennzeichnung mit 3 und im Kursivdruck) sowie die allfällige Gegenäußerung des LRH (Kennzeichnung mit 4) aneinandergereiht.

In Tabellen und Anlagen des Berichtes können bei der Summierung von gerundeten Beträgen und Prozentangaben durch die EDV-gestützte Verarbeitung der Daten rundungsbedingte Rechendifferenzen auftreten. Soweit nichts anderes bestimmt ist, handelt es sich bei Zahlenangaben in Tabellen um Beträge in Euro. Zahlenangaben im Bericht wurden im Regelfall kaufmännisch gerundet.

Kurzfassung

- (1) Der Landesrechnungshof (LRH) prüfte den Rechnungsabschluss 2008 (RA) des Landes OÖ. Dabei analysierte er die Haushalts- und Finanzsituation des Landes, untersuchte den Aufbau eines internen Kontrollsystems in der Landesbuchhaltung und beurteilte den Stand der Umsetzung seiner Empfehlungen aus der vorjährigen RA-Prüfung.
- (2) Der LRH stellte fest, dass der **RA 2008 samt Nachweisen umsichtig erstellt** wurde. Er vermittelt nach Maßgabe der haushaltsrechtlichen Vorschriften ein korrektes Bild über die Haushalts- und Finanzlage der Gebietskörperschaft Land zum 31.12.2008. **Mit Ausnahme einzelner buchhalterischer Darstellungen, die zwar auf das Maastricht-Ergebnis, nicht aber auf das Haushaltsergebnis wirkten, zeigten sich bei der Prüfung keine Abweichungen oder Hinweise, um die Ordnungsmäßigkeit, Vollständigkeit und Richtigkeit des RA 2008 in Zweifel zu ziehen.** Auch die finanzpolitischen Vorgaben des Oö. Landtags wurden im Budgetvollzug grundsätzlich eingehalten.

- (3) Der Rechnungsquerschnitt zeigt einen **Maastricht-Überschuss** von 78,1 Mio. Euro. Da voraussichtlich Hochwasserschäden von 2,3 Mio. Euro hinzugerechnet werden können, erwartet das Land OÖ für 2008 einen ordentlichen Stabilitätsbeitrag von 80,4 Mio. Euro. Dieser Betrag wurde **durch Zahlungen an die gespag von 70,2 Mio. Euro begünstigt, die** aufgrund einer Entscheidung von Eurostat im Zusammenhang mit der Finanzierung von Krankenanstalten **defizitwirksam sind.** Nach Ansicht des LRH wird sich daher der auf das Maastricht-Ergebnis des Gesamtstaates anrechenbare Stabilitätsbeitrag des Landes OÖ deutlich verringern. Die exakte Höhe dieses Beitrages wird die Statistik Austria ermitteln.

Aus der Sicht des LRH soll das Land eine **stabilitätsorientierte Budgetpolitik nicht aus den Augen verlieren**, auch wenn in der derzeit schwierigen konjunkturellen Lage kaum mehr ein positives Ergebnis darstellbar sein wird. Mittel- bis langfristig ist eine stabilitätsorientierte Haushaltsführung im Interesse der intergenerativen Gerechtigkeit aber unverzichtbar. Wichtig ist es daher auch, dass in Hinkunft sämtliche Zuschüsse zur Finanzierung der gespag maastrichtwirksam verbucht werden.

- (4) Bei Einnahmen und Ausgaben von jeweils 5.096,6 Mio. Euro ist die Haushaltsrechnung 2008 ausgeglichen. **Zum Haushaltsausgleich waren allerdings wieder einmalige Einnahmen von 133,3 Mio. Euro nötig**, die aus dem anteiligen Erlös des Verkaufs von Energie-AG-Anteilen herangezogen wurden. **Dieser Finanzbedarf zum Ausgleich der Haushaltsrechnung war** um 87,7 Mio. Euro niedriger als im RA des Vorjahres und um 4,7 Mio. Euro geringer als im Voranschlag (VA) 2008. Dennoch hielt der LRH diesen Betrag im finanziell guten Jahr 2008 für **sehr hoch, zumal auch die Finanzierungsverpflichtungen aus diversen Drittfinanzierungen von Investitionen um 182,8 Mio. Euro anstiegen.** **Der Finanzbedarf zum Haushaltsausgleich und die Zunahme der Drittfinanzierungen von zusammen 316,1 Mio. Euro sind nach Ansicht des LRH strukturell bedingt: Seit Jahren besteht das Finanzproblem von zu hohen Ausgaben in Relation zu den laufenden Einnahmen**, insbesondere durch die hohe Investitionstätigkeit.

Diese Situation wird sich durch die Wirtschaftskrise und den Gratiskindergarten in Zukunft noch verschärfen.

- (5) Das **Jahr 2008 war geprägt** von einem **starken Einnahmewachstum** bei den Ertragsanteilen an den gemeinschaftlichen Bundesabgaben. **Seither** ist das Land aufgrund der Wirtschaftskrise und der Steuerreform mit einem **massiven Einnahmefall** konfrontiert. Im Jahr 2008 stiegen die Ertragsanteile noch um 310,6 Mio. Euro bzw. 20 % und das Land erwirtschaftete aus der laufenden Gebarung einen Überschuss von 498,9 Mio. Euro. Aus diesem Saldo ist eine „**freie Finanzspitze**“ von **etwa 310,7 Mio. Euro** ableitbar. Das ist im Wesentlichen jener Betrag, der ohne Bedarfszuweisungen der Gemeinden dem Land aus der laufenden Gebarung für Investitionen und Investitionsförderungen zur Verfügung stand. Diese **freie Finanzspitze von etwa 8,6 % der laufenden Ausgaben ist relativ niedrig. Zur Sicherstellung des Haushaltsgleichgewichtes muss das Land den finanziellen Spielraum aus der laufenden Gebarung weiter erhöhen.** Wenn dies ohne zusätzliche Einnahmen erfolgen soll, ist es unumgänglich **bei den laufenden Ermessensausgaben anzusetzen.** Das sind immerhin fast 8 % der laufenden Ausgaben. Neben **Einsparungen bei den konsumtiven Förderausgaben** werden auch die **Folgeausgaben von Investitionen** noch mehr zu beachten sein. Weiters sollte das Land nach Ansicht des LRH die **Ausgabendynamik im Sozial- und Gesundheitsbereich verlangsamen.**

Auch im **investiven Bereich** wird der **Landeshaushalt mittelfristig zu entlasten** und der Bedarf an Investitionen und Investitionsförderungen noch kritischer zu prüfen sein. Dies kann gelingen, wenn im mehrjährigen Konjunkturzyklus **verstärkt antizyklisch investiert** wird und die **Investitionen zurückgenommen** werden, **sobald sich die wirtschaftliche Lage wieder bessert.** 2009 wurden Impulse zur Wirtschaftsbelebung und Entlastung der Familien gesetzt. Der LRH hält es für wichtig, dass das Land die zusätzlichen Budgeterfordernisse möglichst rasch in einem Nachtragsbudget einplant. Außerdem werden die derzeit absehbaren zusätzlichen Budgetbelastungen in der mittelfristigen Budget- und Investitionsplanung zu berücksichtigen und nachhaltige Entlastungseffekte zu überlegen sein.

- (6) In den letzten Jahren verkaufte das Land Wohnbauförderungsdarlehen und Anteile an der Energie AG und verwendete die Erlöse für Investitionen und Rückzahlung der Schulden. Vorerst nicht investierte Beträge sparte es in der Haushaltsrücklage an. Diese Rücklage war bis 2006 stark rückläufig, 2007 wurde der Abbau verlangsamt und 2008 stieg sie von 160,4 Mio. Euro auf 702,6 Mio. Euro an. Die Aufstockung war möglich, weil anteilige Erlöse aus dem Verkauf von Aktien der Energie AG (534,1 Mio. Euro) und zurückbezahlte Bedarfszuweisungen (8,2 Mio. Euro) der Rücklage zugeführt wurden. **Der LRH sah die künftige Entwicklung des Rücklagenstandes kritisch.** Aus derzeitiger Sicht wird die zwischenzeitig aufgestockte Haushaltsrücklage zum Ausgleich künftiger Haushaltsrechnungen **bald verbraucht** sein. Die **Möglichkeiten zum Verkauf weiteren Vermögens sind inzwischen bereits sehr eingeschränkt. Auch lösen Vermögensverkäufe das strukturelle Haushaltsproblem von zu hohen Ausgaben bei zu niedrigen Einnahmen nicht**

dauerhaft. Wenn das Land in Zukunft ohne Verbrauch von Finanzvermögen und ohne Aufnahme von Finanzschulden auskommen will, muss das Haushaltsgleichgewicht sichergestellt und die Haushaltsstruktur auf der Einnahmen- und Ausgabe-seite nachhaltig verbessert werden.

- (7) Vor Jahren war es dem Land möglich, sämtliche Finanzschulden zu tilgen und seither keine neuen Darlehen im Haushalt aufzunehmen. **Allerdings ging das Land bei der Finanzierung von Investitionen andere schuldrechtliche Verpflichtungen ein. So verlagerte es Fremdmittelaufnahmen auf Beteiligungsunternehmen und andere Rechtsträger.** Diese „Drittfinanzierungen“ sind entsprechend den haushaltsrechtlichen Vorschriften im RA als Teil der noch nicht fälligen Verwaltungsschulden (langfristige Verpflichtungen) und der Haftungen dargestellt. Sie betrafen insbesondere
- Darlehen der Ordenskrankenhäuser (267,8 Mio. Euro),
 - Fremdmittelaufnahmen von gespag, Landes-Immobilien GmbH, OÖ Thermen-Immobilien-GmbH und Musiktheater Linz GmbH (zusammen 335 Mio. Euro),
 - Vorfinanzierungen im Straßenbau (103 Mio. Euro) und
 - Mietverpflichtungen für das LDZ (111 Mio. Euro).

Die Verpflichtungen aus diesen „Drittfinanzierungen“ werden das Land größtenteils erst in der Zukunft finanziell belasten. Für den LRH ist die **Entwicklung dieser Finanzverpflichtungen nicht unproblematisch, da diese Verbindlichkeiten bereits in den wirtschaftlich guten Jahren stark anstiegen und zur Bekämpfung der Wirtschaftskrise weiter wachsen werden.** Immerhin beliefen sie sich 2006 auf 487,6 Mio. Euro, 2007 auf 634 Mio. Euro und **2008 auf 816,8 Mio. Euro.** Diese Verbindlichkeiten waren in den letzten Jahren stets **höher als die verfügbare Haushaltsrücklage.**

- (8) Sämtliche im RA 2008 ausgewiesenen Verwaltungsschulden erhöhten sich während des Jahres um 216,1 Mio. Euro auf 3.188,2 Mio. Euro. Sie betrafen rechtsverbindliche Verpflichtungen des Landes, die zum Ende des Finanzjahres noch nicht fällig waren. Diese mehrjährigen Verpflichtungen sind von ihrem wirtschaftlichen Gehalt und ihrer Fälligkeit sehr unterschiedlich; teilweise korrespondieren sie mit Forderungen in gleicher Höhe. Nicht alle Mehrjahresverpflichtungen führen zwangsläufig zu einer Budgetausweitung in kommenden Jahren. Letzteres trifft auch auf die Haftungsverpflichtungen des Landes zu. Diese sind 2008 vor allem durch Haftungsübernahmen im Zusammenhang mit der Lenzing AG (400 Mio. Euro) stark gestiegen. Solange das Haftungsrisiko nicht schlagend wird, profitiert der Landeshaushalt von jährlichen Haftungsprovisionen.
- (9) Die Einnahmen- und Ausgabenrückstände erhöhten sich 2008 jeweils um 22,6 Mio. Euro. Zum Jahresende 2008 betragen diese Zahlungsrückstände einnahmenseitig 469,6 Mio. Euro und ausgabenseitig 312,8 Mio. Euro. Der Hauptgrund für den Anstieg der Einnahmerückstände lag bei offenen Zahlungen einer Statutarstadt (ca. 19 Mio. Euro) im Zusammenhang mit diversen Umlagen und Beiträgen, gegen deren Vorschreibung Rechtsmittel ergriffen wurden. Die Entscheidungen sind abzuwarten. Auffällig war, dass etliche ältere Rückstände zu bereinigen sind.

- Im Bereich der Wohnbauförderungsdarlehen war es aufgrund eines veralteten EDV-Programms mit vertretbarem Aufwand nicht möglich, ältere Rückstände im Detail abzuklären. Der LRH hielt daher eine Ersatzlösung für das alte System als zweckmäßig.
- (10) Die **Haushaltssituation des Jahres 2008 profitierte vom Verkauf von Anteilen der Energie AG**, der entsprechend dem Beschluss des Oö. Landtags vom 31.1.2008 durch Privatplatzierung erfolgte. Der erzielte Verkaufserlös von **667,4 Mio. Euro** war um 67,4 Mio. Euro höher als im VA eingeplant. Der LRH hielt den **Verkaufspreis für angemessen**.
- (11) Der LRH analysierte den Aufbau des Internen Kontrollsystems (IKS) in der Landesbuchhaltung und anerkannte die professionelle Projektabwicklung. Aus der Sicht des LRH wird es notwendig sein, die für das Rechnungswesen relevanten Teile des IKS-Konzeptes der Landesbuchhaltung auf die Mittelbewirtschafter schrittweise auszudehnen.
- (12) Die Empfehlungen aus der vorjährigen Prüfung des RA wurden entsprechend dem beschlussmäßigen Auftrag des Ausschusses für Finanzen umgesetzt oder waren zumindest ansatzweise in Umsetzung.
- (13) Aus der Prüfung des RA 2008 regte der LRH zusammenfassend Folgendes an:
- I. **Die derzeit absehbaren Budgeterfordernisse sollten aufgrund erwartbarer Einnahmenausfälle, zusätzlicher Maßnahmen zur Wirtschaftsbelebung und Entlastung der Familien möglichst genau geplant und möglichst rasch als Nachtragsbudget für das Jahr 2009 dem Oö. Landtag zur Beschlussfassung vorgelegt werden. (siehe Pkt. 18.2.; Umsetzung ab sofort)**
 - II. **Mittelfristig sollte die Sicherung des Haushaltsgleichgewichtes durch maßvolles Haushalten und strukturelle Verbesserungen forciert werden.**
 1. Den jährlichen Finanzbedarf zum Haushaltsausgleich durch ausgabenseitiges Sparen im investiven und konsumtiven Bereich tendenziell reduzieren und vor allem den finanziellen Spielraum in der laufenden Gebarung erhöhen. (siehe Pkt. 18.2. und 19.2.)
 2. Nachhaltige Entlastungseffekte für den Haushalt in die mittelfristige Budgetvorschau einplanen und diese um eine Investitionsplanung ergänzen. (siehe Pkt. 18.2.)
 - III. **Die Zuschüsse zur Finanzierung der gespag (Trägerselbstbehalt, Zinsen und Investitionen) sollten in Hinkunft als Transferzahlungen verbucht werden. Dies macht es möglich, dass der Rechnungsquerschnitt das voraussichtliche Maastricht-Ergebnis zumindest annäherungsweise zeigt. (siehe Pkt. 6.2. und 20.2.; Umsetzung ab sofort)**
 - IV. **Die für das Rechnungswesen relevanten Teile des internen Kontrollsystems der Landesbuchhaltung sollten auf die Mittelbewirtschafter schrittweise ausgedehnt werden. Dabei sollte die Landesbuchhaltung die Mindeststandards festlegen und bei der Umsetzung mitwirken. (siehe Pkt. 39.2.; Umsetzung ab sofort)**

Rechnungsabschluss 2008

Der RA des Landes OÖ für das Verwaltungsjahr 2008 besteht entsprechend der HO und der VRV aus dem Kassenabschluss, der Haushaltsrechnung und den vorgeschriebenen Nachweisen. Die Rechnungsabschlussdaten werden automatisunterstützt aus der mittels SAP geführten Landesbuchhaltung abgeleitet.

Der RA umfasst drei Bände und Erläuterungen über Abweichungen gegenüber dem VA einschließlich NVA. Der RA samt Begründungen für die Abweichungen steht der Öffentlichkeit nach Kenntnisnahme durch den Oö. Landtag im Internet (www1.land-oberoesterreich.gv.at/budget/) zur Verfügung.

Kassenabschluss

- 1.1. Der Kassenabschluss per 31.12.2008 zeigte einen buchmäßigen Geldbestand von 356,4 Mio. Euro. Dieser Bestand setzte sich aus Mitteln der Zentralverwaltung (352,6 Mio. Euro), der 15 Bezirkshauptmannschaften (3,2 Mio. Euro) und der 67 Nebenkassen (0,6 Mio. Euro) zusammen. Der Geldbestand laut Kassenabschluss stimmte mit den Geldbestandsnachweisen per 31.12.2008 überein. Auch beim Abgleich der Salden der Geldbestandsnachweise mit den Kassen-, Bank- und Sparguthabenständen ergaben sich keine Differenzen.
- 1.2. Der LRH bestätigte die Richtigkeit des überprüften Kassenbestandes von 356,4 Mio. Euro. Dieser positive Geldbestand war nur möglich, weil hohe Mittel aus Rücklagen (415,6 Mio. Euro) im Rahmen der Kassenbestände eingesetzt wurden. Der RL-Betrag war um 266,4 Mio. Euro höher als im Vorjahr und stärkte die Liquidität.
- 2.1. Der Kassenbestand lag Ende 2008 um 288,1 Mio. Euro über dem Vergleichswert des Vorjahres. Während die Geldmittel in der Zentralverwaltung durch Rücklagen um 288,9 Mio. Euro anstiegen, gingen sie in den Nebenkassen um 0,8 Mio. Euro zurück.
- 2.2. Für den LRH ist der deutliche Anstieg des Kassenbestands in der Zentralverwaltung vor allem auf eine gute Einnahmensituation im Jahr 2008 zurückzuführen (siehe Pkte. 18 und 20 des Berichtes). Der Rückgang bei den Nebenkassen resultierte daraus, dass seit 1.1.2008 vier Landespflege- und Betreuungszentren sowie drei Landeskinder- und Jugendwohnheime als Sonderkassen geführt werden, die nicht mehr im Kassenbestand des Landes enthalten sind (siehe Pkt. 40 des Berichtes).
- 3.1. Die BHs überprüften 2008 ihre Treuhandgebarungen dahingehend, ob alle in Form von Sparbüchern hinterlegten Jagdpachtkautionen buchhalterisch erfasst sind. Dabei stellte sich heraus, dass zwei BHs diese Kautionen nicht im Geldbestand evident hielten. Diese Beträge wurden in die Geldbestandsnachweise der SAP-Buchhaltung aufgenommen.
- 3.2. Der LRH wies darauf hin, dass in Hinkunft die Jagdpachtkautionen einheitlich dargestellt werden sollten.

Haushaltsrechnung

Haushaltsergebnisse

Soll-Ergebnis

- 4.1. Seit Jahren ist die Haushaltsrechnung des Landes immer ausgeglichen. Auch im Verwaltungsjahr 2008 ergaben die erfolgswirksamen Einnahmen und Ausgaben von je 5.096,6 Mio. Euro ein ausgeglichenes Soll-Ergebnis. Zu diesem ausgeglichenen Gebarungsbild trugen insbesondere Veräußerungserlöse aus dem Verkauf von Anteilen der Energie AG bei. Diese Verkaufserlöse beliefen sich auf 667,4 Mio. Euro, wovon 534,1 Mio. Euro der Haushaltsrücklage zugeführt und 133,3 Mio. Euro zur Finanzierung des Haushaltes herangezogen wurden.
- 4.2. Der LRH stellte den Finanzbedarf zum Ausgleich der Haushaltsrechnung mit 133,3 Mio. Euro fest. Dies ist im Wesentlichen jener einmalige Betrag aus dem Verkauf von Vermögen, der 2008 zur Bedeckung der Haushaltsausgaben benötigt wurde. Dieser Mittelbedarf zum Haushaltsausgleich war um 87,7 Mio. Euro niedriger als im RA des Vorjahres und um 4,7 Mio. Euro geringer als im VA 2008. Wie im Rahmen der Haushaltsanalyse noch näher ausgeführt wird, kam der Rückgang des jährlichen Finanzbedarfes nicht durch rückläufige Ausgaben, sondern durch erhebliche Einnahmenezuwächse bei den Ertragsanteilen zustande. Der LRH hielt den Betrag von 133,3 Mio. Euro zum Haushaltsausgleich im finanziell guten Jahr 2008 für sehr hoch. Dies vor allem deshalb, weil auch die Finanzierungsverpflichtungen des Landes aus diversen Drittfinanzierungen um über 180 Mio. Euro anstiegen, worüber unter Pkt. 28.2. näher berichtet wird.

Ist-Ergebnis

- 5.1. Die kassenwirksamen Einnahmen und Ausgaben (Ist) der Haushaltsrechnung betragen 2008 jeweils 5.074 Mio. Euro. Durch ein Anwachsen der Zahlungsrückstände blieben diese Ist-Werte um 22,6 Mio. Euro unter den erfolgswirksamen Soll-Werten. Das ausgeglichene Ist-Ergebnis wurde herbeigeführt, indem überschüssige Einnahmen von 55,1 Mio. Euro zur teilweisen Bedeckung der buchmäßigen Rücklage zur Übertragung von Ausgabekrediten verwendet wurden.
- 5.2. Der LRH stellte positiv fest, dass die Haushaltsrechnung per 31.12.2008 Ist-mäßig ausgeglichen wurde und die buchmäßige Rücklage zur Mittelübertragung teilweise gedeckt war. Während für diese Rücklage Ende 2008 Geldmittel von 55,1 Mio. Euro verfügbar waren, beliefen sich die Deckungsmittel im Vorjahr bloß auf 38,3 Mio. Euro. Für den LRH weist das ausgeglichene Ist-Ergebnis und der höhere Deckungsgrad der übertragbaren Mittel auf eine gute Liquiditätssituation zum Jahresende 2008 hin.

Maastricht-Ergebnis

- 6.1. Im Österreichischen Stabilitätspakt 2008 verpflichtete sich das Land OÖ, im Jahr 2008 einen ordentlichen Stabilitätsbeitrag (Maastricht-Überschuss) von mindestens 227,4 Mio. Euro zu erbringen. Der entsprechend der VRV erstellte Rechnungsquerschnitt zeigt in Beilage 14 zum RA 2008 einen positiven Finanzierungssaldo („Maastricht-Überschuss“) von 78,1 Mio. Euro. Auf diesen Saldo können voraussichtlich noch Netto-Aufwendungen von 2,3 Mio. Euro für die Flutwasserkatastrophe 2002 angerechnet werden, sodass das Land einen anrechenbaren Stabilitätsbeitrag von 80,4 Mio. Euro erwartet. Dieses Ergebnis beinhaltet aber nicht die Zahlungen an die gespag von 70,2 Mio. Euro, die aufgrund der Entscheidung von Eurostat im Zusammenhang mit der Finanzierung von Krankenanstalten im Sinne des ESVG defizitwirksam sind.
- 6.2. Seit Jahren weist der LRH im Zuge von RA-Prüfungen darauf hin, dass das Land gefordert ist, seine Budgetpolitik mehr als bisher stabilitätsorientiert auszurichten. Strenge Budgetdisziplin und maßvolle Ausgabenpolitik sind dazu unverzichtbar. Der LRH stellte so wie in den Vorjahren auch 2008 fest, dass das Land den im Stabilitätspakt geforderten Beitrag deutlich verfehlte. Außerdem wurde das im RQ ausgewiesene Ergebnis durch Gesellschafterzuschüsse an die gespag für Trägerselbstbehalt (45,8 Mio. Euro), Zinsen (14,5 Mio. Euro) und Investitionen (10 Mio. Euro) begünstigt. Da Eurostat im Zusammenhang mit der Finanzierung von Krankenanstalten lt. neuer Angabe der Statistik Austria inzwischen klarstellte, dass sämtliche Zuschüsse an defizitäre Krankenanstalten als maastrichtwirksam zu werten sind, wird der tatsächliche Stabilitätsbeitrag des Landes deutlich niedriger ausfallen. Die exakte Höhe des anrechenbaren Stabilitätsbeitrages der Gebietskörperschaft Land wird die Statistik Austria im Laufe des Jahres 2009 im Zuge der Berechnung des Öffentlichen Defizits gemäß ESVG 95 ermitteln. Ziel sollte sein, dass der nach der VRV erstellte RQ im Finanzierungssaldo der Gebietskörperschaft Land annähernd das erwartbare Maastricht-Ergebnis zeigt. Dazu ist es notwendig, in Hinkunft die Zuschüsse zur Finanzierung der gespag nicht mehr bei Post 0800 „Beteiligungserwerb“, sondern bei Postenunterklasse 74 „Transferzahlungen an Unternehmungen“ ergebniswirksam zu verbuchen.

Ordnungsmäßigkeit der Haushaltsrechnung

- 7.1. Um festzustellen, ob die Haushaltsrechnung ordnungsgemäß und vollständig aus der Buchhaltung abgeleitet wurde, nahm der LRH unter anderem verschiedene Summen- und Saldenabfragen aus dem Buchhaltungssystem SAP vor. Bei einer Abfrage nach Haushaltsgruppen stimmten die Ergebnisse mit dem Zusammensatz der Einnahmen und Ausgaben im Band I des RA überein. Auch eine weitere Abfrage nach finanzwirtschaftlicher Gliederung (Gebarungsgruppen) ergab ein vollständiges Bild über die Haushaltsgebarung. In der Anlage 1 des Berichtes sind die Pflicht- und Ermessensausgaben der letzten 3 Jahre gegenüber gestellt. Dabei sind die Ausgaben des Jahres 2008 nach der Referatsverteilung aufgeschlüsselt.

- 7.2. Aufgrund der Abfrageergebnisse bestätigte der LRH, dass 2008 alle voranschlagswirksam verrechneten Einnahmen und Ausgaben in die Haushaltsrechnung aufgenommen wurden. Mit Ausnahme einzelner buchhalterischer Darstellungen (siehe Pkt. 6.2.), die zwar auf das Maastricht-Ergebnis, nicht aber auf das Haushaltsergebnis wirkten, zeigten sich in der Haushaltsrechnung keine Abweichungen. Auch bei der Prüfung der voranschlagsunwirksamen Verrechnung und der wesentlichen Nachweise zum RA stellte der LRH keine Hinweise fest, um die Ordnungsmäßigkeit, Vollständigkeit und Richtigkeit der Haushaltsrechnung 2008 in Zweifel zu ziehen. Der RA 2008 samt Nachweisen wurde umsichtig erstellt. Er vermittelt nach Maßgabe der haushaltsrechtlichen Vorschriften ein korrektes Bild über die Haushalts- und Finanzlage der Gebietskörperschaft Land zum 31.12.2008.

Finanzpolitische Ziele und Zielerreichung

- 8.1. So wie im Vorjahr legte der Ausschuss für Finanzen des Oö. Landtags im Voranschlag 2008 folgende finanzpolitische Vorgaben fest:
- Keine Politik zu Lasten nächster Generationen
 - Keine Finanzschulden
 - Keine neuen Landesabgaben
 - Erhalten des Triple-A-Ratings
 - Erreichen eines Maastricht-Überschusses
 - Aufrechterhalten einer möglichst hohen Investitionsrate
- 8.2. Nach Ansicht des LRH wurden die finanzpolitischen Vorgaben im Budgetvollzug eingehalten, wenngleich der LRH das Ausgabenniveau des Landes für zu hoch hält. Aufgrund von Rücklagen und weiteren Beteiligungsverkäufen war es dem Land möglich, im Landeshaushalt keine Finanzschulden aufzunehmen. Zur Finanzierung von Investitionen tätigte das Land im Haushalt aber Sonderfinanzierungen wie zB bei Ordenskrankenhäusern und Straßenbau sowie Fremdfinanzierungen in den ausgegliederten Gesellschaften wie Laho, LIG, MTG und gespag. Diese in wirtschaftlicher Hinsicht den Finanzschulden ähnlichen Finanzierungsverpflichtungen belasten jetzt und in der Zukunft den Landeshaushalt durch Ausgaben, die entweder direkt oder indirekt mit Zins- und Rückzahlungen im Zusammenhang stehen. Solche Finanzierungsverpflichtungen stellen im RA des Landes keine Finanzschulden, sondern einen Teil der noch nicht fälligen Verwaltungsschulden dar, worüber unter Pkt. 28.2. berichtet wird.

Aufgrund des vereinbarten Stabilitätspaktes hielt der LRH das finanzpolitische Ziel „Erreichen eines Maastricht-Überschusses“ für wenig ambitioniert. Selbst in der derzeit schwierigen konjunkturellen Lage darf eine stabilitätsorientierte Budgetpolitik nicht aus den Augen verloren werden. Mittel- bis langfristig ist eine stabilitätsorientierte Haushaltsführung im Interesse der intergenerativen Gerechtigkeit unverzichtbar.

Das Aufrechterhalten einer möglichst hohen Investitionsrate ist für den LRH primär in Zeiten der schlechten Konjunktur erstrebenswert und gut nachvollziehbar. Gerade im investiven Bereich kann das Land in der Zukunft aber noch mehr bewirken, wenn es gelingt, Investitionen auch tatsächlich zurück zu nehmen oder zumindest zeitverzögert in Angriff zu nehmen, sobald sich die konjunkturelle Lage wieder bessert.

Vollzug des Voranschlages

Voranschlag und Nachtragsvoranschlag

- 9.1. Der Oö. Landtag genehmigte am 6.12.2007 den VA 2008 und stellte am 4.12.2008 zusätzliche Budgetmittel im NVA bereit. Im Vergleich zum Vorjahr veränderten sich die Budgetsummen und -salden wie folgt (Beträge in Mio. Euro):

	2007	2008
Ausgaben – VA	4.313,1	4.604,8
Ausgaben – 1. NVA	90,5	86,2
Gesamtausgaben	4.403,6	4.691,0
Einnahmen – VA	4.313,8	4.604,9
Einnahmen – 1. NVA	90,5	86,2
Gesamteinnahmen	4.404,3	4.691,1
Überschuss	0,7	0,1

Im NVA 2008 wurden zusätzliche Mittel insbesondere für Betriebsabgangsdeckung Ordensspitäler (19,2 Mio. Euro), Nahverkehr (12 Mio. Euro), Personalaufwand (8 Mio. Euro), Investitionen der LIG (7 Mio. Euro), Heizkostenzuschuss (6,4 Mio. Euro) und Investitionen der gespag (5 Mio. Euro) zur Verfügung gestellt. Die restlichen Ausgaben betrafen vor allem Wohnbauförderung, Landesausstellung und Maßnahmen für Hochwasserschutz bzw. Katastrophenschäden. Die Bedeckung dieser Mehrausgaben erfolgte mit zusätzlichen Einnahmen aus Ertragsanteilen (58,2 Mio. Euro), Bedarfszuweisungen (17,9 Mio. Euro) und Landesumlage (2,1 Mio. Euro) sowie Erträgen aus Beteiligungen (8 Mio. Euro). Im Detail ist das Nachtragsbudget in der Beilage zum diesbezüglichen Landtagsbeschluss dargestellt.

- 9.2. Der LRH stellte fest, dass das Land 2008 weniger Nachtragsmittel einsetzte als im Vorjahr. Aufgrund der günstigen Einnahmensituation bei den Ertragsanteilen und den sonstigen Einnahmen aus dem Finanzausgleich konnten Mehreinnahmen für die Verbesserung der Haushaltsstruktur herangezogen werden. Auch in Zukunft sollten etwaige Mehreinnahmen gegenüber dem ursprünglichen VA für diesen Zweck genutzt werden.

Abweichungsanalyse

- 10.1. Der Vergleich des VA inkl. NVA mit dem RA (ohne Ü-Mittel¹) zeigte in Summe folgende Abweichungen (Beträge in Mio. Euro):

	VA inkl. NVA	RA 2008 ohne Ü-Mittel	Abweichung
Gesamtausgaben	4.691,0	4.824,0	+133,0
Gesamteinnahmen	4.691,1	4.830,9	+139,8
Ergebnis	0,1	6,9	6,8

- 10.2. Die Abweichungen gegenüber dem VA inkl. NVA verteilen sich auf eine Vielzahl von Voranschlagsstellen. In der Anlage 2 des Berichtes werden die Mehrausgaben bzw. Mindereinnahmen über 1 Mio. Euro auf Unterabschnittsebene dargestellt und die jeweiligen Abweichungen kurz begründet. Die Mehrausgaben gegenüber dem VA inkl. NVA wurden durch übertragene Mittel aus Vorjahren, Mehreinnahmen oder Ausgabeneinsparungen in anderen Bereichen finanziell bedeckt. Im Übrigen merkte der LRH an, dass die Abweichungen im Bericht der Landesbuchhaltung über die Haushalts- und Finanzlage sowie in den Erläuterungen näher ausgeführt sind.

Einnahmen- und Ausgabenrückstände

Entwicklung

- 11.1. Die schließlichen Zahlungsrückstände betragen per 31.12.2008 einnahmenseitig 469,6 Mio. Euro und ausgabenseitig 312,8 Mio. Euro. Der Vergleich mit dem Vorjahr zeigt folgende Entwicklung im Überblick:

Schließliche Zahlungsrückstände	Vorjahr 31.12.2007	31.12.2008	+/--Veränderung	
	in Mio. Euro			+/- Prozent
Einnahmenseitige Rückstände	446,9	469,6	+22,6	+5,1 %
davon zum SOLL gestellte Darlehensaufnahmen zur Abgangsdeckung	421,8	421,8	0,0	0,0 %
Restlicher Haushalt	25,1	47,8	+22,6	+90,0 %
Ausgabenseitige Rückstände	290,2	312,8	+22,6	+7,8 %
davon übertragene Mittel auf das Folgejahr, IST-mäßig unbedeckte RL	230,1	217,5	-12,6	-5,5 %
Restlicher Haushalt	60,1	95,3	+35,2	+58,6 %

¹ Die Rücklage zur Übertragung von Ausgabekrediten wurde bei der Abweichungsanalyse grundsätzlich außer Acht gelassen, da diese weder im VA noch in einem NVA budgetiert wurde. Die Bereinigung der Jahresrechnung 2008 um die übertragbaren Mittel (RL-Zuführung: 272,7 Mio. Euro, RL-Behebung: 265,7 Mio. Euro) soll zu einem klaren Bild über die Abweichungen beitragen.

Im Vergleich zum Vorjahr erhöhten sich die Einnahmenrückstände um 22,6 Mio. Euro. Dieser Anstieg zeigte sich in folgenden Bereichen:

- Maßnahmen der allgemeinen Sozialhilfe +5,6 Mio. Euro
- Maßnahmen der Behindertenhilfe +9,9 Mio. Euro
- Pflegesicherung +3 Mio. Euro
- Fleischuntersuchungsgebühren +3,7 Mio. Euro
- Oö. Verkehrsverbund +2,3 Mio. Euro.

Von den offenen Ausgabenrückständen (95,3 Mio. Euro) stattete das Land 86,9 Mio. Euro bzw. 91 % im ersten Quartal 2009 ab.

Einzelne Einnahmenrückstände

- 12.1. Bei den gestiegenen Einnahmenrückständen im **Sozialbereich** handelt es sich um Kostenbeitragsvorschreibungen des Landes gemäß § 40 SHG, § 42 BHG und § 18 PGG an regionale „Träger sozialer Hilfe“ (nach dem SHG). Dabei blieb eine Statutarstadt als Träger sozialer Hilfe sämtliche Vorschreibungen des Jahres 2008 von insgesamt 18 Mio. Euro schuldig. Hinzu kommt 1 Mio. Euro aufgrund neuer Umlagen nach dem Oö. Pflichtschulorganisationsgesetz und dem Oö. Kinderbetreuungsgesetz, die 2008 erstmals vorgeschrieben und ebenfalls nicht bezahlt wurden. Bis zum Prüfungszeitpunkt waren auch die anderen Statutarstädte und ein SHV mit ihren Zahlungen säumig. Den Statutarstädten waren die Vorschreibungen des Landes zu wenig transparent. Eine Statutarstadt ergriff Rechtsmittel.
- 12.2. Der LRH hält fest, dass nach Angaben der Bewirtschafter das Berufungsverfahren betreffend die Umlagebescheide zum Zeitpunkt der Prüfung im Laufen war. Der Abschluss des Verfahrens ist daher abzuwarten. Laut Bewirtschafter werden weitere Schritte zur Forderungseinbringung unter Einbindung der politischen Vertreter gesetzt.
- 13.1. Die offenen Forderungen bei den **Fleischuntersuchungsgebühren** erhöhten sich 2008 von 4,9 Mio. Euro auf 8,6 Mio. Euro. Nach Auskunft der Verrechnungsstelle hat diese Entwicklung folgende Ursachen:
 - Mehrere oö. Schlachtbetriebe haben die nach dem neuen Oö. FIUGG 2008 bescheidmäßig vorgeschriebenen Gebühren wiederum beeinsprucht – Berufungsgründe waren die Höhe der Gebühren und zu wenig detaillierte Aufstellungen der gebührenrelevanten Tatbestände im Bescheid. Letzteres war den Angaben zufolge tatsächlich zutreffend, weil sich im Zuge der neuen Rechtslage der Abrechnungsmodus grundlegend änderte (Umstellung von Stück- auf Zeitgebühr) und das neu entwickelte Abrechnungsprogramm vorerst keine genauere Aufschlüsselung ermöglichte. Der UVS als Berufungsbehörde wies die Abgabenbehörde erster Instanz (Oö. Landesregierung) an, eine Berufungsvorentscheidung zu erlassen und die detaillierten Aufstellungen künftig in die Bescheide einzubauen. Diesem Detail-Erfordernis wird in den Bescheiden ab Untersuchungszeitraum Dezember 2008 entsprochen. Dennoch gibt es auch gegen diese komplettierten Bescheide einige Berufungen.

- Vorübergehende Personalknappheit in der Verrechnungsstelle und die aktuelle Tagesarbeit verzögerten die Erlassung der Berufungsvorentscheidungen. Die ersten, Mitte März 2009 ergangenen Vorentscheidungen blieben teilweise ohne Reaktion, was die Vollstreckbarkeit gemäß § 174 LAO zur Folge hat (mit Durchführung einer Fahrnisexekution in letzter Konsequenz).
- 13.2. Nachdem bereits im Jahr 2007 eine größere Forderungsberichtigung (ca. 10 Mio. Euro) vorgenommen wurde, stellte der LRH erneut einen deutlichen Anstieg der offenen Fleischuntersuchungsgebühren fest. Er anerkannte die bisherigen Bemühungen der Verrechnungsstelle zur Einziehung der Einnahmen. Für den LRH ist es unerlässlich, die rechtskräftigen Gebühren durch Ausschöpfen aller Möglichkeiten einzubringen und der derzeit mangelhaften Zahlungsdisziplin der öö. Schlachtbetriebe entgegenzuwirken. Positiv sieht der LRH, dass das neue EDV-Programm des Bewirtschafters als Vorsystem zum SAP-Modul PSCD (Nebenbuch) mit einer Schnittstelle angebunden wurde. Damit sind nun Einzeldaten über SAP abfragbar.
- 13.3. *Die Verrechnungsstelle teilte Ende Mai 2009 mit, dass in den letzten Wochen Forderungen aus 2008 in Höhe von 750.000 Euro beglichen wurden. Seit Mitte Mai 2009 ergingen Berufungserkenntnisse des UVS, welche die Bescheide der Abgabenbehörde bestätigten. Weiters dürften die ergangenen Berufungsvorentscheidungen und die Mahnschreiben nach § 175 LAO das Abstättungsverhalten der Schuldner positiv beeinflussen. Die Verrechnungsstelle rechnet künftig mit weiteren Abstättungen überfälliger Forderungen.*
- 14.1. Die Außenstände des Bundes im Zusammenhang mit dem Öö. Verkehrsverbund erhöhten sich 2008 von 0,4 Mio. Euro auf 1,4 Mio. Euro. Die Forderungen gegenüber den öö. Gemeinden stiegen von 0,1 Mio. Euro auf 1,4 Mio. Euro, wobei viele Kostenbeiträge im Dezember 2008 vorgeschrieben wurden. Die Gemeinden hatten ihre offenen Beiträge zum Prüfungszeitpunkt großteils beglichen. Auch der Bund überwies laut Angabe des Bewirtschafters Anfang 2009 einen Teilbetrag, der bei der betroffenen VSt. mangels endgültiger Jahresabrechnung der ÖÖ Verkehrsverbund-Organisations GmbH Nfg. & Co KG noch nicht haushaltswirksam verbucht wurde.
- 14.2. Hinsichtlich der offenen Abstättungen des Bundesbeitrages zum **Öö. Verkehrsverbund** stellte der LRH fest, dass dem Bund für 2008 insgesamt 8,1 Mio. Euro vorgeschrieben wurden. Davon waren 7,1 Mio. Euro zum Jahresende 2008 abgestattet. Nach Auskunft des Bewirtschafters werden sich die Vorschreibungen bzw. Abrechnungen sowie die damit zusammenhängenden Buchungen aufgrund eines neuen Vertrages künftig einfacher gestalten.
- 15.1. Von den Einnahmerückständen (47,8 Mio. Euro ohne Soll-Darlehensaufnahmen) entstanden etwa 18 % bzw. 8,4 Mio. Euro bereits vor dem Jahr 2007. Der LRH untersuchte bei den **älteren Zahlungsrückständen** speziell jene offenen Posten, die 2008 unverändert blieben. Die dabei eingeholten Auskünfte der Landesbuchhaltung und diverser Bewirtschafters zeigten, dass die Altforderungen im Zuge der LRH-Prüfung von den meisten Bewirtschaftern im Einzelnen überprüft und etliche als uneinbringlich oder unrichtig bewertet wurden. Kleinere Forderungsberichtigungen bzw. –abschreibungen werden folgen.

Von den **älteren Rückständen** entfielen die betraglich größten Posten auf die Hgr. 0 (5,8 Mio. Euro Kostenersatz für ehem. Bundesstraßen aus 1994 bis 2002) und Hgr. 5 (va. 1,1 Mio. Euro Fleischuntersuchungsgebühren aus 2003 bis 2006). Die übrigen offenen Beträge verteilten sich auf andere Haushaltsgruppen und mehrere Bewirtschafter.

- 15.2. Der LRH hält fest, dass es für die Abstattung der offenen Rückstände betreffend ehemalige Bundesstraßen bereits eine landesinterne Abstattungsvereinbarung über 10 Jahre (2005 bis 2014) gibt. Hinsichtlich der Fleischuntersuchungsgebühren gewann der LRH den Eindruck, dass sowohl Bewirtschafter als auch Landesbuchhaltung auf eine ehest mögliche Bereinigung der Altforderungen Wert legen. Dabei wird mit weiteren Abschreibungen zu rechnen sein. Außerdem erinnert der LRH an seine frühere Empfehlung, die mehrjährig offenen Einnahmerückstände routinemäßig im Rahmen der Rechnungsabschluss-Erstellung auf ihre Richtigkeit und Einbringlichkeit zu überprüfen. Gemäß HO hat der Bewirtschafter notwendige Forderungsberichtigungen bzw. –abschreibungen eigeninitiativ in die Wege zu leiten.
- 16.1. Die Überprüfung und Einbringlichkeitsbewertung von den mehrjährig offenen Rückständen bei den gewährten Wohnbauförderungsdarlehen war nicht möglich, weil eine Aufschlüsselung der Betragssummen auf konkrete Debitoren nach Auskunft der Landesbuchhaltung einen unverhältnismäßig hohen Aufwand verursacht hätte. In diesem Bereich wird derzeit ein eigenes EDV-Programm aus den 1970er Jahren eingesetzt, das an das SAP-System in keiner Form angebunden ist. In das SAP-System werden lediglich die Monatssummen eingetragen.
- 16.2. Der LRH empfahl, das veraltete Programm für die Darlehensabwicklung im Bereich der Wohnbauförderung durch eine zeitgemäße EDV-Lösung mit Anbindung an das SAP-System zu ersetzen.

Haushaltsanalyse auf Basis der Querschnittsrechnung

- 17.1. Der nach der VRV geforderte Rechnungsquerschnitt bildet in Beilage 14 zum RA die wirtschaftlichen Sachverhalte des Landes nach dem Europäischen System volkswirtschaftlicher Gesamtrechnung (ESVG 95) ab. Nachstehende Tabelle (in Mio. Euro) zeigt die Summen und Salden des RQ in den Jahren 2006 bis 2008. Die Details dazu sind der Anlage 3 zu entnehmen. Auf wesentliche Veränderungen in der Haushaltsentwicklung wird im Bericht unter den Punkten 18 bis 20 eingegangen.

Bezeichnung	2006	2007	2008	Veränderung 07/08	
Laufende Gebarung					
Einnahmen	3.630,9	3.839,1	4.096,5	+257,4	+6,7 %
Ausgaben	3.098,8	3.242,2	3.597,6	+355,4	+11,0 %
Saldo 1: Ergebnis laufende Gebarung	532,1	596,9	498,9	-97,9	-16,4 %
Vermögensgebarung					
Einnahmen	33,1	30,5	28,7	-1,7	-5,7 %
Ausgaben	443,6	428,4	449,6	+21,2	+5,0 %
Saldo 2: Ergebnis der Vermögensgebarung ohne Finanztransaktionen	-410,5	-397,9	-420,9	-22,9	+5,8 %
Saldo 1 und Saldo 2	121,5	199,0	78,1	-120,9	-60,8 %
Finanztransaktionen					
Einnahmen	562,5	883,0	971,4	+88,4	+10,0 %
Ausgaben	684,1	1.081,9	1.049,4	-32,5	-3,0 %
Saldo 3: Ergebnis der Finanztransaktionen	-121,5	-199,0	-78,1	+120,9	-60,8 %
Saldo 4: Jahresüberschuss (+) / Jahresfehlbetrag (-)	0,0	0,0	0,0	+0,0	+0,0 %

17.2. Der LRH stellte im mehrjährigen Vergleich Folgendes fest:

- Der finanzielle Spielraum aus der **laufenden Gebarung** (Saldo 1) ist in den letzten Jahren gestiegen. Dies zeigt sich, wenn die Darlehen für den Betriebsabgang der gespag in den Jahren 2006 und 2007 entsprechend berücksichtigt werden. Wird der Saldo 1 um diese Beträge bereinigt, ergibt sich folgendes Bild:

Bezeichnung	2006	2007	2008	Veränderung 07/08	
Saldo 1 lt. RQ: Ergebnis laufende Gebarung	532,1	596,9	498,9	-97,9	-16,4 %
- Darlehensdarstellung Betriebsabgang gespag (ohne Trägerselbstbehalt)	-190,2	-206,0	-0,0		
bereinigter Saldo 1	341,9	390,9	498,9	+108,0	+27,6 %

Der bereinigte Saldo 1 ist jener überschüssige Betrag, den das Land aus den laufenden Einnahmen erwirtschaftete. Im Ausmaß dieser jährlichen Überschüsse war es dem Land grundsätzlich möglich, vermögenswirksame Maßnahmen zu finanzieren bzw. anderweitige Finanzierungsverpflichtungen zu erfüllen, ohne dabei zusätzliche Einnahmen aus Darlehen oder Vermögensverkäufen heranziehen zu müssen. Dieser laufende Überschuss erhöhte sich bereits 2007 um 49 Mio. Euro bzw. 14,3 % und stieg 2008 um weitere 108 Mio. Euro bzw. 27,6 %.

Vom positiven Saldo des Jahres 2008 stammten etwa 127,9 Mio. Euro bzw. 25,6 % aus anteiligen Bedarfszuweisungen der Gemeinden, die als Investitionsförderungen an Gemeinden und Gemeindeverbände weiterzuleiten waren. Weitere 60,3 Mio. Euro mussten als laufende Finanzierungsbeiträge für die gespag (Trägerselbstbehalt und Zinsenzuschuss) reserviert werden. Die **tatsächlich frei verfügbaren Mittel aus dem Saldo der laufenden Gebarung betragen daher 2008 etwa 310,7 Mio. Euro**. Diese „freie Finanzspitze“ des Landes für Investitionen, Investitionsförderungen oder andere vermögensrelevante Maßnahmen lag 2008 bei 8,6 % der laufenden Ausgaben. Aus der Sicht des LRH ist diese freie Finanzspitze relativ niedrig und sollte erhöht werden. Vorrangig wird dabei bei Ermessensausgaben anzusetzen sein, die anteilig in der laufenden Gebarung mit einem Betrag von 282,4 Mio. Euro enthalten sind. Das sind immerhin fast 8 % der laufenden Ausgaben.

- Die Ausgaben der **Vermögensgebarung ohne Finanztransaktionen** waren in den letzten Jahren aufgrund von Ausgliederungen und neuen Finanzierungsformen rückläufig. Während die Bruttoinvestitionen im Haushalt (KZ 40 bis 42) auch 2008 zurück gingen, ergaben sich Mehrausgaben bei den Kapitaltransfers bzw. Investitionsförderungen.
- Das gemeinsame **Ergebnis der laufenden Gebarung und der Vermögensgebarung** (Saldo 1 und 2) zeigt die Eigenfinanzierungskraft des Landes ohne finanzielle Transaktionen. Dieser Saldo entspricht in der Haushaltsrechnung des Landes bei maastricht-konformer Verbuchung aller Geschäftsfälle annähernd dem Finanzierungssaldo nach ESVG 95 (Maastricht-Ergebnis). Auch hier sind die früheren Darlehensfinanzierungen der Betriebsabgänge der gespag wieder zu berücksichtigen:

Bezeichnung	2006	2007	2008	Veränderung 07/08	
Saldo 1 und Saldo 2 lt. RQ	121,5	199,0	78,1	-120,9	-60,8 %
- Darlehensdarstellung Betriebsabgang gespag (ohne Trägerselbstbehalt)	-190,2	-206,0	-0,0		
bereinigter Saldo 1 und 2	-68,7	-7,0	78,1	+85,1	

Der bereinigte Saldo 1 und 2 war 2008 im Gegensatz zu den Vorjahren positiv, sodass sich der im RQ ausgewiesene Maastricht-Überschuss ergab.

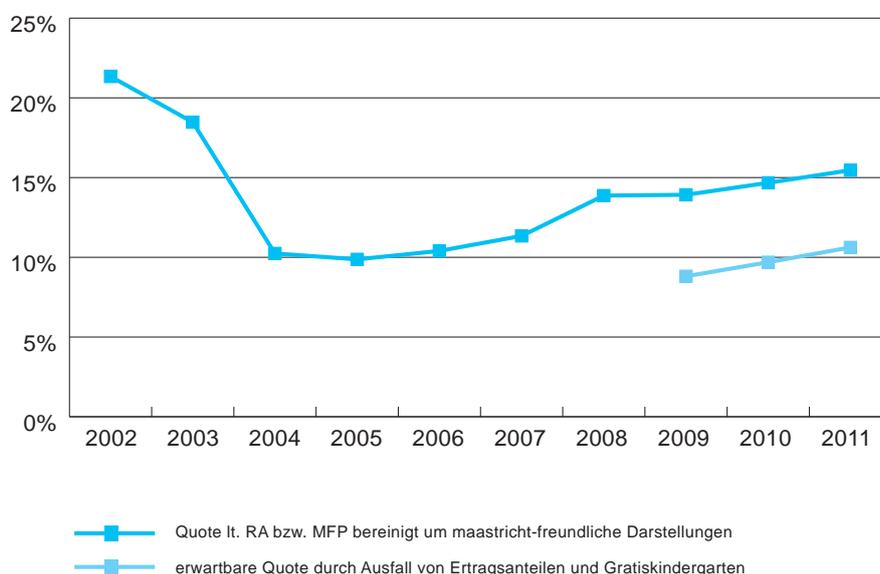
- Die **Finanztransaktionen** resultieren hauptsächlich aus Beteiligungen, Rücklagen und Darlehen. Die größten Einnahmenpositionen in diesem Bereich waren 2006 RL-Entnahmen, 2007 Forderungs- bzw. WBF-Darlehensverkäufe und 2008 die Veräußerung von Beteiligungen (Energie-AG-Anteile). Ausgabenseitig schlugen vor allem RL-Zuführungen und Darlehensgewährungen zu Buche.

- Das ausgeglichene **Jahresergebnis** (Saldo 4) wurde in den letzten Jahren immer durch Finanztransaktionen herbeigeführt. Im Jahr 2006 ermöglichten RL-Entnahmen (231,2 Mio. Euro) den Haushaltsausgleich. Im Jahr 2007 dienten zum Ausgleich RL-Entnahmen und anteilige Erlöse aus dem Verkauf von WBF-Darlehen (zusammen 221 Mio. Euro). Im Jahr 2008 wurde zu diesem Zweck ein Teil der Einnahmen aus der Veräußerung von Anteilen der Energie AG (133,3 Mio. Euro) herangezogen.

Laufende Gebarung – öffentliches Sparen

- 18.1. Im Zeitraum 2002 bis 2005 verminderten stagnierende Einnahmen und steigende Ausgaben den jährlichen Überschuss aus der laufenden Gebarung (Saldo 1 des RQ), der auch als öffentliches Sparen bezeichnet wird. Dieser Überschuss sank von 597,1 Mio. Euro auf 312,7 Mio. Euro². Seither verbesserte sich das laufende Ergebnis wieder jährlich und ergab 2008 einen Überschuss von 498,9 Mio. Euro. Nach dem VA 2009 und der mittelfristigen Budgetplanung soll der laufende Überschuss weiter steigen. Diese Prognosewerte werden aber aufgrund der inzwischen erwarteten Einnahmenausfälle durch die Steuerreform und die Wirtschaftskrise sowie des zusätzlichen Mittelbedarfs für den Gratiskindergarten nicht zu erreichen sein. In Relation zu den laufenden Ausgaben zeigen die laufenden Überschüsse lt. jeweiligem Rechnungsabschluss bzw. den derzeit absehbaren Prognosewerten³ folgende Entwicklung (Quote öffentliches Sparen):

Quote öffentliches Sparen 2002 bis 2011



2 Bei den genannten Überschüssen wurde der Saldo 1 des RQ um maastricht-freundliche Darstellungen bereinigt.

3 Die vom LRH angenommenen Prognosewerte basieren auf den Zahlen des VA 2009 und der mittelfristigen Budgetplanung abzüglich derzeit erwarteter Einnahmenausfällen bei den Abgabenertragsanteilen von jährlich 135 Mio. Euro und den jährlichen Kosten von 50 Mio. Euro für den Gratiskindergarten. Etwaige darüber hinausgehende Einnahmenausfälle und andere Maßnahmen, die den Spielraum in der Zukunft weiter einengen, sind darin nicht berücksichtigt.

18.2. Der LRH hält fest, dass sich der finanzielle Spielraum des Landes aus der laufenden Gebarung seit dem Jahr 2004 nachhaltig eingeengt hat, was der Verlauf der bereinigten Sparquote im Zeitvergleich sehr deutlich zeigt. Der zwischenzeitige Anstieg der Sparquote im Jahr 2006 auf 10,4 % der laufenden Ausgaben, im Jahr 2007 auf 11,3 % und 2008 auf 13,9 % schaffte ein wenig mehr Spielraum. Dieser fällt aufgrund der Auswirkungen der Steuerreform, der Einführung des Gratiskindergartens und der derzeit schwierigen konjunkturellen Lage voraussichtlich ab 2009 wieder weg. Allein durch die Effekte aus der Steuerreform und dem Gratiskindergarten wird der bislang erwartete Überschuss aus der laufenden Gebarung um mindestens 185 Mio. Euro vermindert. Weitere derzeit kaum absehbare Auswirkungen aufgrund des Konjunkturerinbruches sind dabei nicht berücksichtigt. Damit das Land in Zukunft wieder mehr Spielraum aus der laufenden Gebarung erwirtschaften kann, muss es aus der Sicht des LRH insbesondere bei konsumtiven Förderungsausgaben sparen, bei Investitionen noch mehr die Folgeausgaben beachten und zusätzliche Einnahmemöglichkeiten ausschöpfen. Außerdem hält es der LRH aufgrund der gesetzten Maßnahmen zur Wirtschaftsbelebung und Entlastung der Familien für wichtig, die Budgeterfordernisse exakt zu planen. Er empfiehlt daher für 2009 möglichst rasch ein Nachtragsbudget. Außerdem werden die derzeit absehbaren zusätzlichen Budgetbelastungen in der mittelfristigen Budgetplanung zu berücksichtigen und nachhaltige Entlastungseffekte zu überlegen sein.

In der laufenden Gebarung stellte der LRH im Jahresvergleich 2007/08 im Wesentlichen folgende Veränderungen fest (vergleiche Anlage 3 des Berichtes):

Einnahmen:

- Die im Bundesländervergleich niedrigen **Steuereinnahmen** (KZ 10) betragen 2008 bloß 17,6 Mio. Euro und waren gegenüber dem Vorjahr bei sämtlichen direkten und indirekten Landesabgaben in Summe um etwa 600.000 Euro rückläufig. Seit Jahren weist der LRH darauf hin, dass die Landesabgaben auf das Niveau anderer Bundesländer angehoben werden sollten, was aber dem finanzpolitischen Ziel „keine neuen Landessteuern bzw. –abgaben“ widerspricht.
- Die **Ertragsanteile** (KZ 11) und **laufenden Transferzahlungen von öffentlichen Rechtsträgern** (KZ 14) beliefen sich 2008 auf 3.721,7 Mio. Euro. Diese Haupteinnahmen des Landes waren in Summe um 268,4 Mio. Euro höher als im Vorjahr. Während die Ertragsanteile sogar um 310,6 Mio. Euro bzw. 20,6 % anwachsen, gingen die Transferzahlungen öffentlicher Träger um 42,2 Mio. Euro zurück. Diese Entwicklung ist einerseits auf das Abgaben-Mehraufkommen an gemeinschaftlichen Bundesabgaben und andererseits auf die Änderungen im neuen Finanzausgleich⁴ zurückzuführen. Da der Wirtschaftseinbruch in der 2. Jahreshälfte 2008 erst zeitverzögert auf das Aufkommen an Ertragsanteilen durchschlägt und der Bund nachträglich eine Steuerreform in Kraft setzte,

⁴ Die maßgeblichen Änderungen waren die Umwandlung von Transferzahlungen in Ertragsanteile, wie insbesondere die Zuschüsse für die ehemaligen Bundesstraßen, für den Personennahverkehr oder der Ertragsanteile-Kopfquotenausgleich sowie die Halbierung des Konsolidierungsbeitrages, den die Länder seit 1996 an den Bund zu erbringen hatten.

muss das Land ab 2009 und in den Folgejahren mit erheblichen Einnahmefällen gegenüber den bisher im VA 2009 und in der mittelfristigen Budgetplanung angenommenen Einnahmen an gemeinschaftlichen Bundesabgaben rechnen.

- Die **Leistungseinnahmen** (KZ 12) waren 2008 mit 68,6 Mio. Euro um 11,6 Mio. Euro niedriger als 2007. Dies vor allem deshalb, weil durch die Ausgliederung der Autobahnverwaltung Zahlungen von ca. 6,9 Mio. Euro wegfielen, Heimgebühren von 1,9 Mio. Euro von Landeskinder- und Jugendwohnheimen in Wirtschaftspläne verlagert wurden und das Gebührenaufkommen aus Verwaltungsleistungen der BHs um 1,8 Mio. Euro rückläufig war.
- Die **Einnahmen aus Besitz und wirtschaftlicher Tätigkeit** (KZ 13) stiegen 2008 um 14,5 Mio. Euro auf 80,6 Mio. Euro. Im VA 2009 sind sie mit 102,4 Mio. Euro eingeplant. Die Jahreseinnahmen 2008 stammen größtenteils aus Erträgen der Beteiligungsunternehmen (30,3 Mio. Euro), der Geldveranlagung (25,7 Mio. Euro) und der Gewährung von Darlehen (15,1 Mio. Euro). Aufgrund des Abbaues der Haushaltsrücklage und des rückläufigen Zinsniveaus muss das Land auch bei den Zinserträgen aus Veranlagungen tendenziell mit rückläufigen Einnahmen rechnen. Von den Zinsen aus Darlehen profitierte hingegen nur die Maastricht-Rechnung, kaum aber der Haushalt, da von den 15,1 Mio. Euro das Land selbst ca. 14,4 Mio. Euro als Zuschuss für die Zinsen der gespag-Darlehen zur Betriebsabgangsdeckung aufwenden musste.
- Die mäßigen Zuwächse bei den sonstigen **laufenden Transfereinnahmen** (+3,8 Mio. Euro bei KZ 15) resultierten primär aus der Einnahmementwicklung bei den Pensionsbeiträgen der Gemeindebediensteten (+1,3 Mio. Euro) und des Landeslehrpersonals (+2,1 Mio. Euro).
- Die Einnahmen aus Veräußerung und **sonstigen Einnahmen** (KZ 16) fielen im Jahresvergleich 2007/2008 um 17,1 Mio. Euro auf 45,4 Mio. Euro ab. Der Rückgang betraf ausschließlich Verrechnungseinnahmen aus Vergütungen zwischen Verwaltungszeigen, die durch die Umstellung der Untervoranschläge in Wirtschaftspläne für Pflege- und Betreuungszentren sowie Landeskinder- und Jugendwohnheime wegfielen.

Ausgaben:

- Die Ausgaben für **Personal** (KZ 20) erhöhten sich 2008 um 29,1 Mio. Euro bzw. 2,8 %, jene für Pensionen (KZ 21) um 15,4 Mio. Euro bzw. 3,7 %. Wie aus Pkt. 21.2. des Berichtes hervorgeht, war der Anstieg der Personalausgaben nur deshalb so niedrig, weil Personalausgaben für Landespflege- und Betreuungszentren sowie für Landeskinder- und Jugendwohnheime in eigene Wirtschaftspläne verlagert wurden.
- Die in den Vorjahren stagnierenden **Bezüge der Organe** (KZ 22) stiegen 2008 um 1 Mio. Euro auf 14,7 Mio. Euro, insbesondere weil sich die Funktionsgebühren für Fleischuntersuchungsorgane erhöhten.

- Die **Gebrauchsgüter** (KZ 23) samt **Verwaltungs- und Betriebsaufwand** (KZ 24) verursachten 2007 Ausgaben von 509,7 Mio. Euro und 2008 von 512,9 Mio. Euro. Während die Ge- und Verbrauchsgüter um 4,8 Mio. Euro rückläufig waren, wuchs der Verwaltungs- und Betriebsaufwand um 7,9 Mio. Euro an. In Summe war der Anstieg beim Betriebsaufwand nur deshalb so moderat, weil im Jahresvergleich die Forderungsabschreibungen um 12,3 Mio. Euro zurück gingen. Die ansonsten deutlich steigende Tendenz des Betriebsaufwandes resultierte primär aus höheren Leistungen im Sozialbereich und zusätzlichen Ausgaben für Straßeninstandhaltungen. Der Ausgabenrückgang bei den Verbrauchsgütern zeigte sich bei Impfstoffen und Drucksorten für BHs.
- Die **Zinszahlungen** (KZ 25) betragen 2007 etwa 13,7 Mio. Euro und 2008 nur mehr 0,2 Mio. Euro. Während die hohen Zinsen im Vorjahr den zwischenzeitlich fremdfinanzierten Rückkauf von Aktien der Energie AG betrafen und mit einer Sonderdividende dieses Unternehmens gedeckt wurden, fielen 2008 durch hohe Einnahmen aus dem neuerlichen Verkauf von Anteilen der Energie AG kaum direkte Zinszahlungen an. Die indirekten Zinszahlungen aus diversen Sonderfinanzierungen wie zB Ordenskrankenhäuser und Vorfinanzierungen im Straßenbau sind darin nicht enthalten.
- Die **laufenden Transferzahlungen an öffentliche Rechtsträger** (KZ 26) stiegen im Jahresvergleich 2007/2008 um 13,3 Mio. Euro auf 259,2 Mio. Euro. Diese Zahlungen kamen primär den Gemeinden und dem Oö. Gesundheitsfonds zu Gute. Die getätigten Mehrausgaben verteilten sich insbesondere auf Zahlungen für die Integrationsarbeit in Horten, Kindergärten und Schulen (+6,6 Mio. Euro), Heizkostenzuschuss (+1,8 Mio. Euro), soziale und mobile Dienste (+3,6 Mio. Euro), Oö. Gesundheitsfonds (+1,3 Mio. Euro) und Erhaltung von ländlichen Zufahrtswegen (+1,4 Mio. Euro).
- Die **laufenden Transferzahlungen an private Rechtsträger** (KZ 27) sind die größten Ausgaben in der laufenden Gebarung des Landeshaushaltes. Im Jahr 2008 betragen sie immerhin 1.294,2 Mio. Euro. Von den Mehrausgaben gegenüber dem Vorjahr (306,8 Mio. Euro) entfielen 223,3 Mio. Euro allein auf den Zuschuss für den Betriebsabgang der gespag (ohne Trägerselbstbehalt), welcher im Vorjahr als Darlehen ausbezahlt wurde. Die übrigen Mehrausgaben von zusammen 83,5 Mio. Euro kamen einer Ausgabensteigerung von 6,9% gleich. Sie betrafen Beiträge für andere Krankenanstalten (+14,9 Mio. Euro) und zahlreiche Förderungsmaßnahmen. So schlugen in der Wohnbauförderung die Zinsen- und Annuitätzuschüsse mit zusätzlichen 10,2 Mio. Euro zu Buche, weil insbesondere das zwischenzeitig gestiegene Zinsniveau schlagend wurde. Auch die alternativen Energieträger wurden mit 3,7 Mio. Euro mehr gefördert. Gestiegene Förderausgaben zeigten sich weiters beim Programm für ländliche Entwicklung (+7,1 Mio. Euro), beim Nahverkehr (+6,4 Mio. Euro) und Verkehrsverbund (+5,8 Mio. Euro), bei der Fernpendlerbeihilfe (+1,8 Mio. Euro), bei der europäischen Kulturhauptstadt (+2 Mio. Euro) sowie bei Integrationsmaßnahmen in privaten Kindergärten und Schulen (+7,4 Mio. Euro). Auch der jährliche Zuschuss an die LIG für laufende Instandhaltungen erhöhte sich um 4,7 Mio. Euro und der jährliche Beitrag an die Oö. Theater und Orchester GmbH wuchs um 2,2 Mio. Euro an. Darüber hinaus gab es noch eine Reihe anderer Förderungsmaßnahmen, die im Jahresvergleich 2007/2008 einen gestiegenen Mitteleinsatz verursachten. Wenn das Land das Haushaltsgleichgewicht ohne zusätzliche Einnahmen sichern und aus der laufenden

Gebärung wieder mehr Spielraum schaffen will, wird nach Ansicht des LRH das Ausgabenwachstum im Sozial- und Gesundheitsbereich zu verlangsamen sein.⁵ Vorrangig wird auch bei diversen Landesförderungen anzusetzen und verstärkt auf den mit der Förderverwaltung verbundenen Verwaltungsaufwand zu achten sein.

Vermögensgebarung (ohne Finanztransaktionen)

- 19.1. Die Einnahmen aus Vermögensveräußerungen (KZ 30 bis 33) und Kapitaltransfers (KZ 34, 35) waren in den letzten Jahren stets rückläufig. Sie betragen 30,5 Mio. Euro im Jahr 2007 und 28,7 Mio. Euro im Jahr 2008. Diesen standen vermögensrelevante Ausgaben von 428,4 Mio. Euro im Jahr 2007 und 449,6 Mio. Euro im Jahr 2008 gegenüber.
- 19.2. Die wesentlichen Änderungen im Jahresvergleich 2007/2008 stellte der LRH in der Vermögensgebarung (ohne Finanztransaktionen) wie folgt fest:

Einnahmen:

- Die Einnahmen aus dem **Verkauf von unbeweglichem Vermögen** sanken um 2,6 Mio. Euro auf unter 300.000 Euro ab. Dies deshalb, weil das Land vor ein paar Jahren sämtliche Grundstücke an die LIG übertragen hatte und etwaige Grundstücksverkäufe nicht mehr im Landeshaushalt abzuwickeln sind.
- Die **Kapitaltransfers** stiegen um etwa 900.000 Euro auf 27,9 Mio. Euro an. Diese Einnahmen stammen großteils vom Bund und von den Gemeinden. Sie stehen mit konkreten Leistungen im Zusammenhang. Der Einnahmewachstum wurde ausschließlich durch Transferzahlungen der Gemeinden für den Ausbau der Berufsschulen ermöglicht.

Ausgaben:

- Die Investitionsausgaben zum **Erwerb von Vermögen** im Haushalt des Landes (KZ 40 bis 42) beliefen sich 2008 auf 90,1 Mio. Euro. Durch die vorgenommenen Ausgliederungen der LIG und gespag stagnieren diese vermögensrelevanten Investitionsausgaben seit mehreren Jahren. Im Jahresvergleich 2007/2008 gingen sie um 2 Mio. Euro zurück. Die Investitionsschwerpunkte waren der Straßenbau (ca. 58 Mio. Euro), die Anschaffung von beweglichem Vermögen (18,7 Mio. Euro) und der Erwerb von EDV-Lizenzen (1,7 Mio. Euro).
- Wesentlich höhere investive Ausgaben tätigte das Land als **Investitionsförderungen**, die in der Haushaltsrechnung als **Kapitaltransfers an öffentliche und private Rechtsträger** (KZ 44, 45) auszuweisen sind. Diese Transfers betragen 2007 ca. 336,2 Mio. Euro und stiegen 2008 auf 359,4 Mio. Euro. Etwa zwei Drittel dieser Ausgaben kam den Gemeinden und Gemeindeverbänden, ein Drittel verschiedenen privaten Rechtsträgern zu Gute. Die größte Ausgabensteigerung zeigte sich bei den Investitionsförderungen an öffentliche Träger (+20 Mio. Euro bzw. +9,2 %), die vielfach aus dem Einnahmewachstum bei den Bedarfszuweisungen der Gemeinden finanziert wurden.

5 In den Anlagen 4 und 5 ist jeweils die Entwicklung der Einnahmen und Ausgaben des Sozial- und Gesundheitsbereiches im Zeitraum 2003 bis 2008 dargestellt.

Nach Ansicht des LRH ist mittelfristig der Landeshaushalt auch im investiven Bereich zu entlasten. Das kann nachhaltig gelingen, wenn im mehrjährigen Konjunkturzyklus antizyklisch investiert wird und dabei verstärkt auf die Folgelasten aus Betrieb und Finanzierung geachtet wird. Bei neuen Investitionen und Investitionsförderungen erfordert maßvolles Haushalten in Zukunft vermehrt die kritische Prüfung des Bedarfes sowie realistische mehrjährige Investitionsplanungen. In dieser Hinsicht sollte das Land seine bisherigen Anstrengungen mit dem vorrangigen Ziel weiter entwickeln, das Haushaltsgleichgewicht sicherzustellen. Dem LRH ist bewusst, dass dies in Anbetracht der schwierigen wirtschaftlichen Lage eine besondere Herausforderung für alle öffentlichen Haushalte darstellen wird, zumal derzeit aus Sicht der Wirtschaftsforscher noch kein Ende des weltweiten Wirtschaftsabschwungs absehbar ist.

Finanztransaktionen

- 20.1. An Einnahmen aus Finanztransaktionen gingen 883 Mio. Euro im Jahr 2007 und 971,4 Mio. Euro im Jahr 2008 ein. 2008 betrafen sie den Verkauf von Anteilen der Energie AG (667,4 Mio. Euro bei KZ 50), Rücklagenentnahmen (279,5 Mio. Euro bei KZ 52) und Darlehensrückzahlungen (24,5 Mio. Euro bei KZ 53 und 54).

An Ausgaben aus Finanztransaktionen scheinen in der Haushaltsrechnung 2008 beinahe 1.050 Mio. Euro auf. Dieser Betrag lag um 32,5 Mio. Euro unter dem Wert des Vorjahres. Von den Ausgaben 2008 entfielen 77,6 Mio. Euro auf den Erwerb von Beteiligungen (KZ 60), 833,2 Mio. Euro auf Zuführungen zu Rücklagen (KZ 62) und 138,6 Mio. Euro auf gewährte Darlehen (KZ 63 und 64).

- 20.2. Bei der Gegenüberstellung der einzelnen Einnahmen und Ausgaben aus Finanztransaktionen stellte der LRH folgende Veränderungen im Jahresvergleich 2007/2008 fest:

- Im **Beteiligungsbereich** gab es 2007 keine Verkaufserlöse, 2008 hingegen 667,4 Mio. Euro aus der Privatplatzierung von Anteilen der Energie AG. Für den Erwerb von Beteiligungen zahlte das Land 2007 in Summe 379,9 Mio. Euro, wovon ein Großteil für den Rückkauf von Anteilen der Energie AG nötig war. In der Haushaltsrechnung 2008 sind 77,6 Mio. Euro als Beteiligungserwerb dargestellt. Davon betrafen 70,2 Mio. Euro Zuschüsse an die gespag für Trägerselbstbehalt (45,8 Mio. Euro), Zinsen (14,5 Mio. Euro) und Investitionen (10 Mio. Euro). Aufgrund der bestehenden Finanzierungsvereinbarung war das Land grundsätzlich verpflichtet, diese Zahlungen zu leisten. Sie stellen aber keinen Erwerb von Beteiligungen oder zusätzliche Kapitalanteile am Unternehmen dar. Mit Ausnahme des Zuschusses für Investitionen sind diese Zahlungen auch keine vermögensrelevanten Investitionen. Wie unter Pkt. 6.2. ausgeführt, sind daher die Zuschüsse an die gespag in Hinkunft in der Haushaltsrechnung als Transferzahlung⁶ unter der Postenunterklasse 74 statt 08 auszuweisen. Im Übrigen wird im Zusammenhang mit Beteiligungen auch auf die Berichtsausführungen unter den Punkten 34 bis 37 des Berichtes verwiesen.

⁶ Transferzahlungen im Sinne der VRV sind nach dem Postenverzeichnis des Landes Leistungen in Geld oder Sachen ohne unmittelbare Gegenleistung. Nur wenn solche Leistungen für Investitionszwecke bestimmt sind, gelten sie als „Kapitaltransferzahlungen“; ansonsten stellen diese „Laufende Transferzahlungen“ dar.

- Der Saldo aus **Rücklagenentnahmen und –zuführungen** (KZ 52 und 62) lag 2007 bei minus 44,9 Mio. Euro und 2008 bei plus 553,6 Mio. Euro. Dies sind jene Beträge, um die der jeweilige Stand der Rücklagen in den Jahren 2007 und 2008 verändert wurde. Diese Veränderung und insbesondere die Aufstockung der Haushaltsrücklage werden unter den Punkten 25 bis 27 näher erläutert.
- Aus der **Rückzahlung** und der **Gewährung von Landesdarlehen** (KZ 53, 54 bzw. 63, 64) profitierte der Landeshaushalt 2007 per Saldo mit 136 Mio. Euro. Im Jahr 2008 waren hingegen die Auszahlungen für neu gewährte Darlehen um 114,1 Mio. Euro höher als die Rückzahlungen, wodurch der Haushalt belastet wurde. Bei den gesunkenen Einnahmen aus Rückzahlungen wirkte sich insbesondere die 2007 erfolgte barwertmäßige Einlösung von WBF-Darlehen durch die Laho⁷ aus. Bei der Gewährung der Darlehen spielte die vom LRH geforderte und vom Land OÖ vollzogene Umstellung der Finanzierung des gespag-Betriebsabganges von Darlehen auf Zuschuss die Hauptrolle. Von den 2008 ausbezahlten Darlehen (138,6 Mio. Euro) entfielen ca. 106 Mio. Euro auf die Wohnbauförderung; die restlichen Darlehen betrafen andere Förderungsbereiche und Beteiligungsunternehmen.

Nachweise zur Haushalts- und Finanzsituation

Personal

Personalausgaben

- 21.1. Die Leistungen für Personal (RA-Anlage 2a) betragen 2008 insgesamt 1.101,1 Mio. Euro. Diese Summe beinhaltet die Personalausgaben des Landes für die Bereiche Verwaltung, Unterricht und wirtschaftliche Unternehmungen, nicht aber jene in den ausgegliederten Unternehmungen. Im Vergleich zum Vorjahr erhöhten sich die Personalausgaben um 49,8 Mio. Euro bzw. 4,7 %. Im Detail entwickelten sich die Bereiche Verwaltung, Unterricht und wirtschaftliche Unternehmen wie folgt (Beträge in Mio. Euro):

Personalausgaben	2007	2008	+/-absolut	+/-Prozent
Verwaltung	416,6	417,7	+1,1	+0,3 %
Unterricht ⁸	634,7	662,7	+28,0	+4,4 %
Zwischensumme	1.051,3	1.080,4	+29,1	+2,8 %
Wirtsch. Unternehmen	0,1	20,7	+20,6	+20.640 %
Personalausgaben gesamt	1.051,4	1.101,1	+49,7	+4,7 %

Im VA 2008 waren die Personalausgaben mit 1.089,5 Mio. Euro veranschlagt. Im NVA 2008 wurden zusätzliche Mittel von 7 Mio. Euro bereitgestellt.

7 Siehe Bericht zum Rechnungsabschluss 2007 des Landes OÖ, Pkt. 29.

8 Die Ausgaben im Bereich Unterricht werden aufgrund des Finanzausgleichs größtenteils vom Bund refundiert.

21.2. Der LRH stellte fest, dass sich die Summe der Personalausgaben im **Bereich Verwaltung** gegenüber dem Vorjahr kaum erhöhte. Dies resultiert jedoch primär aus der Verlagerung von Personalausgaben der vier Landespflege- und Betreuungszentren und der drei Landeskinder- und Jugendwohnheime. Diese waren bis 2007 im Verwaltungsbereich enthalten und wurden 2008 in eigenen Wirtschaftsplänen dargestellt. Damit hängt auch die hohe Personalkostensteigerung bei den wirtschaftlichen Unternehmen zusammen. Ein Vergleich ohne die LPBZ und LKiH zeigt eine Veränderung von +4,9 % bzw. +19,4 Mio. Euro in der Verwaltung. Dieser relativ hohe Anstieg ergab sich hauptsächlich aus folgenden Gründen:

- Entfall der Selbstträgerschaft für den Aufwand an Familienbeihilfen, wodurch seit Mai 2008 ein Dienstgeberbeitrag von 4,5 % zu leisten war (+7,4 Mio. Euro).
- Erhöhung der Geldbezüge für Beamte und Vertragsbedienstete I des Amtes der Landesregierung und der BHs (+6,8 Mio. Euro).
- Strukturell bedingte Steigerung beim Oö. Landesmusikschulwerk um 4,4 % bzw. +2,4 Mio. Euro. In den vergangenen Jahren wurde bei Pensionierung von ungeprüften und weniger ausgebildeten Lehrern bzw. Lehrerinnen als Ersatz hauptsächlich gut ausgebildetes Lehrpersonal eingestellt. Da die Entlohnung primär ausbildungsorientiert und weniger verwendungs- bzw. funktionsorientiert erfolgt, kommt es zu diesen Ausgabensteigerungen.

Bei der Budgeterstellung war die Erhöhung der Bezüge der Landesbediensteten um 2,7 % sowie die Einmalzahlung von 175 Euro noch nicht bekannt bzw. absehbar. Daher wurde ein Nachtragsbudget von 7 Mio. Euro benötigt.

Im **Bereich Unterricht** sind die Personalausgaben im Jahresvergleich 2007/2008 um 28 Mio. Euro bzw. 4,4 % gestiegen. Bei den allgemeinbildenden Pflichtschulen zeigte sich eine Steigerung um 4 %. Bei etwa gleich bleibender Lehreranzahl schlugen die 2,7-prozentige Bezugserhöhung und die Struktureffekte zu Buche. Bei den berufsbildenden Pflichtschulen ergab sich eine Erhöhung um 8 %, die aus der Aufnahme von zusätzlichem Lehrpersonal, Bezugserhöhungen und Biennalvorrückungen resultierte.

22.1. Im VA 2009 wurden für die Bereiche Verwaltung 429,8 Mio. Euro, Unterricht 679,4 Mio. Euro und wirtschaftliche Unternehmen 21,4 Mio. Euro budgetiert. Insgesamt wurde eine Reserve von 3 % für die erwartete Erhöhung der Bezüge berücksichtigt.

22.2. Nach Ansicht des LRH wird das Land auch 2009 zusätzliche Budgetmittel für die Leistungen des Personals benötigen. Immerhin ergaben die Gehaltsverhandlungen 2009 eine Lohnerhöhung von 3,55 %. Zusätzlich sind Strukturkosten für Vorrückungen und finanzielle Besserstellungen zu bedecken. Die Mehraufwendungen für die Zahlungsverpflichtung des erhöhten Dienstgeberbeitrages zum Familienbeihilfenausgleichsfonds sind nicht zur Gänze budgetiert. Auch das Vorziehen von Personaleinstellungen, die für 2010 geplant waren, wird im Nachtragsbudget zu berücksichtigen sein.

Anzahl der Beschäftigten

- 23.1. Die Anzahl der beschäftigten Dienstnehmer und Dienstnehmerinnen (RA-Anlage 11a) stieg im Jahr 2008 um 156,1 Vollbeschäftigtenäquivalente (VBÄ) auf insgesamt 21.957,8 VBÄ. Im Detail entwickelten sich die Bereiche Verwaltung, Unterricht und wirtschaftliche Unternehmen wie folgt:

Vollbeschäftigtenäquivalente	2007	2008	+/- absolut	+/- Prozent
Verwaltung	8.956,1	8.503,5	-452,6	-5,1 %
Unterricht	12.844,6	12.968,5	123,9	+1,0 %
Wirtsch. Unternehmen	1,0	485,8	+484,8	+48.480,0 %
Vollbeschäftigtenäquivalente gesamt	21.801,7	21.957,8	+156,1	+0,7 %

- 23.2. Der LRH stellte fest, dass sich der Personalstand in der Verwaltung um 452,6 VBÄ verringerte, weil sich das Personal der LPBZ und LKiH zu den wirtschaftlichen Unternehmen verlagerte. Ohne Berücksichtigung dieser Verlagerung würde sich eine Erhöhung von 32,3 VBÄ ergeben. Zusätzliche Dienstposten wurden hauptsächlich im Bereich Jugendwohlfahrt und Soziales im Rahmen der Umsetzung des Oö. Chancengleichheitsgesetzes geschaffen. Im Bereich Unterricht ist der Anstieg der 123,9 VBÄ auf Mehrleistungen bzw. Neuaufnahmen von 50 Lehrpersonen in Berufsschulen zurückzuführen.

Pensionen

- 24.1. Die Leistungen für Pensionen und Ruhebezüge (RA-Anlage 2b) stiegen 2008 um 13 Mio. Euro bzw. +3,5 % auf 439,3 Mio. Euro. Davon entfielen auf die Bereiche Verwaltung 203,8 Mio. Euro, Unterricht 232,3 Mio. Euro und Vertretungskörper 3,2 Mio. Euro. Per 31.12.2008 gab es 13.264 Ruhe- und Versorgungsbezugsempfänger (Vorjahr 13.221). Mit dem im VA 2008 veranschlagten Mittel fand das Land nicht das Auslangen. Es musste zusätzlich 1 Mio. Euro im NVA 2008 bereit gestellt werden.
- 24.2. In Anbetracht der gestiegenen Anzahl an Ruhe- und Versorgungsbezugsempfängern sowie der allgemeinen Pensionserhöhung hielt der LRH die 2008 eingetretene Steigerungsrate von 3,5 % für angemessen.

Rücklagen

Rücklagenstand

- 25.1. Der Stand an Rücklagen (RA-Beilage 5a) wuchs im Jahr 2008 von 472,5 Mio. Euro auf 1.026,1 Mio. Euro an. Von diesen haushaltswirksamen Rücklagen (Soll) waren kassenmäßig (Ist) zu Jahresbeginn 242,2 Mio. Euro und zum Jahresende 808,5 Mio. Euro gedeckt. Im Detail stellen sich die Veränderungen wie folgt dar (in Mio. Euro):

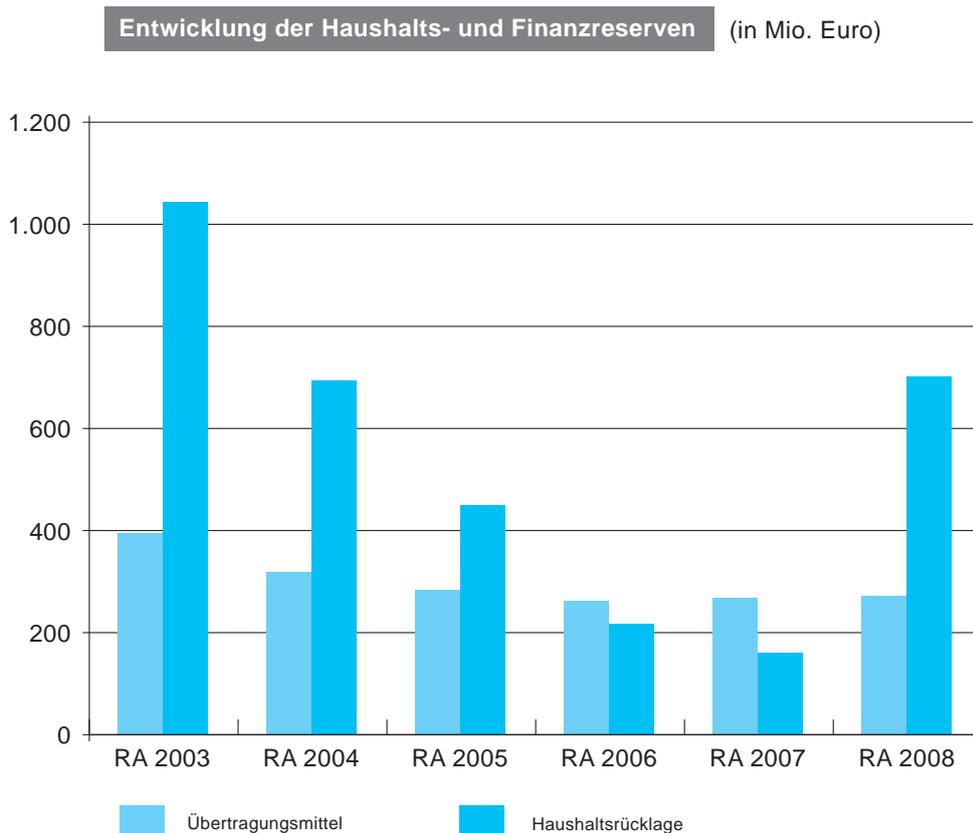
	Soll - Rücklagen (haushalts- bzw. erfolgswirksam)			Ist - Rücklagen (geld- bzw. kassenwirksam)		
	2007	2008	Veränderung	2007	2008	Veränderung
Gebundene RL ⁹	42,5	49,5	+7,0	42,3	49,5	+7,2
RL für Pilotprojekte Flexi-Klausel	1,3	1,3	+0,0	1,3	1,3	+0,0
Haushaltsrücklage	160,4	702,6	+42,2	160,4	702,6	+542,2
Zwischensumme	204,2	753,4	+549,2	204,0	753,4	+549,4
RL zur Übertragung von Ausgabekrediten	268,3	272,7	+4,4	38,2	55,1	+16,9
Gesamtsumme	472,5	1.026,1	+553,6	242,2	808,5	+566,3

Im Jahr 2008 standen bei den Rücklagen Entnahmen und Zuführungen gegenüber, sodass per Saldo die haushaltswirksamen RL (Soll) um 553,6 Mio. Euro und die mit Geldmitteln gedeckten Ist-Rücklagen um 566,3 Mio. Euro anstiegen. Von den Ist-Rücklagen per 31.12.2008 (808,5 Mio. Euro) waren 392,9 Mio. Euro in Wertpapieren und Genussrechten veranlagt und 415,6 Mio. Euro als liquide Mittel im Kassenbestand enthalten. Der Unterschiedsbetrag zwischen Soll- und Ist-Rücklagen (217,6 Mio. Euro) betrifft größtenteils die buchmäßige RL zur Übertragung von Haushaltskrediten (Ü-Mittel), die erst bei entsprechendem Bedarf mit liquiden Mitteln zu bedecken ist.

- 25.2. Der LRH stellte bei RA-Prüfungen fest, dass die Rücklagen des Landes in früheren Jahren stark zurückgingen und dieser Trend im Jahr 2007 aufgrund einer günstigen Einnahmensituation zumindest verlangsamt wurde. Vor allem die hohen Veräußerungserlöse aus dem Verkauf von Anteilen der Energie AG machten es im Jahr 2008 möglich, neue Rücklagen aufzubauen.

Nachstehende Grafik zeigt die Entwicklung der maßgeblichen Haushalts- und Finanzreserven des Landes, das sind im Wesentlichen die Haushalts-RL und die RL zur Übertragung von Ausgabekrediten:

⁹ Die gebundenen Rücklagen sind: RL für Pensionen aus öffentlich-rechtlichem Dienstverhältnis, RL für Pensionen der Gemeindebediensteten, Bürgschaftssicherungsrücklage nach dem Wohnungsverbesserungsgesetz und Bürgschaftssicherungsrücklage nach den Bundes-Sonderwohnbaugesetzen. Der Zuwachs bei den gebundenen RL ergab sich ausschließlich bei der RL für Pensionen der Gemeindebediensteten.



Wenngleich das Land die Rücklagen durch Vermögensverkäufe kurzfristig aufstocken konnte, wird dies in Zukunft schwer möglich sein. Aus der Sicht des LRH ist es daher mittelfristig unumgänglich, das Ausgabenniveau des Landes wieder mehr an den laufenden Einnahmen auszurichten.

Haushaltsrücklage

- 26.1. Die aus Darlehens- und Vermögensverkäufen gebildete Haushalts-RL ging im Zeitraum 2003 bis 2007 von 1.044 Mio. Euro auf 160,4 Mio. Euro zurück und wuchs 2008 auf 702,6 Mio. Euro an. Der Anstieg dieser geldmäßig gedeckten Rücklage um 542,2 Mio. Euro resultierte aus anteiligen Erlösen aus dem Verkauf von Energie-AG-Anteilen (534,1 Mio. Euro) und einer RL-Zuführung von 8,2 Mio. Euro aus Bedarfszuweisungen der Gemeinden. Letztere betraf Rückzahlungen des Gemeindereferats für eine in früheren Jahren gewährte innere Anleihe.¹⁰

Von der Haushalts-RL waren 65 Mio. Euro durch erworbene Genussrechte an der Beteiligungs- und Wohnanlagen GmbH & Co OEG gebunden.¹¹ Mit weiteren 300 Mio. Euro zeichnete das Land eine Teilschuldverschreibung der voestalpine AG mit einer Verzinsung von 5,75 % p.a. und einer Laufzeit bis 2010 und 2011.

¹⁰ Diese Rücklagenzuführung aus Bedarfszuweisungen korrespondiert mit der gleich hohen Verrechnungsdarstellung unter 2/912005/8299 und 1/940908/7297/002 bzw. /012

¹¹ Weitere langfristig veranlagte 15 Mio. Euro zählen nicht zur allgemeinen Haushaltsrücklage, sondern zu den (zweck-)gebundenen Rücklagen. Diese sind in Form von Hypo-Hybridkapital für Pensionen aus öffentlich-rechtlichem Dienstverhältnis veranlagt. Beim Hypo-Hybridkapital handelt es sich um nicht-kumulative Vorzugszertifikate mit unendlicher Laufzeit. Emittent des Wertpapiers mit einer Netto-Rendite von 7,25 % ist eine 100%ige Tochtergesellschaft der Oö. Landesbank AG.

Die restlichen 337,6 Mio. Euro waren Teil jenes RL-Betrages (415,6 Mio. Euro), der zum positiven Geldbestand in der Landeskasse führte.

- 26.2. Der LRH hielt es zur Ertragsoptimierung für zweckmäßig, dass das Land die RL-Mittel zum Teil mittelfristig veranlagte und zum Teil kurzfristig zur Sicherstellung der Liquidität einsetzte.

Die Entwicklung des RL-Standes sah der LRH aber kritisch. Zwar ist es gelungen, durch die Veräußerung langfristiger Vermögenswerte (Energie-AG-Anteile) kurzfristig die Haushalts-RL aufzustocken. Die Möglichkeiten zum Verkauf weiteren Vermögens sind inzwischen aber sehr eingeschränkt und lösen das strukturelle Haushaltsproblem von zu hohen Ausgaben bei zu niedrigen Einnahmen nicht dauerhaft. Aus derzeitiger Sicht ist mit einem erheblichen Anstieg des RL-Verbrauches zum Haushaltsausgleich zu rechnen. Die kurzfristig aufgestockte Haushalts-RL wird daher in zwei bis drei Jahren gänzlich aufgebraucht sein. Wie der LRH schon seit Jahren hinweist, muss das Land im eigenen Haushalt grundsätzlich strukturell im Pflicht- und Ermessensbereich mehr sparen und die Einnahmemöglichkeiten voll ausschöpfen, wenn es in der Zukunft ohne Verbrauch von Finanzvermögen und ohne Aufnahme von Finanzschulden auskommen will. In Anbetracht der wirtschaftlich schwierigen Situation ist das Land umso mehr gefordert, durch strukturelle Reformen seine Haushaltsstruktur auf der Einnahmen- und Ausgabenseite nachhaltig zu verbessern.

Rücklage zur Übertragung von Ausgabekrediten

- 27.1. Unter bestimmten Voraussetzungen können nicht verbrauchte Voranschlagskredite mittels RL-Zuführung auf das Folgejahr übertragen werden. Aus dieser Mittelübertragung war zu Jahresbeginn 2008 ein buchmäßiger RL-Betrag von 268,4 Mio. Euro verfügbar. Davon wurden 2,7 Mio. Euro eingespart und 265,7 Mio. Euro zur Bedeckung von Ausgaben freigegeben, die bereits im Vorjahr geplant wurden, aber erst ab 2008 finanziert werden müssen.¹²

So wie in den Vorjahren verfügten die Mittelbewirtschafter auch Ende 2008 über nicht ausgeschöpfte Haushaltskredite, deren Bedarf aber weiter gegeben war. Diese Beträge von zusammen 272,7 Mio. Euro wurden auf das Folgejahr vorgezogen. Dadurch entstand eine buchmäßige Rücklage, die aufgrund der Liquiditätssituation des Landes zum Stichtag 31.12. teilweise durch Geldmittel (55,1 Mio. Euro) gedeckt war.

- 27.2. Der LRH beurteilte die im Vergleich 2007/2008 erfolgte Aufstockung dieser RL um 4,3 Mio. Euro positiv, weil dadurch die ohnehin schwierige Haushaltssituation des Jahres 2009 begünstigt wird. Hinsichtlich des eingesparten bzw. „zum Abfall gestellten“ RL-Betrages von 2,7 Mio. Euro merkte der LRH an, dass durch diese einmalige Einnahme die Haushaltsrechnung 2008 profitierte.

¹² Von den 268,4 Mio. Euro sind 265,7 Mio. Euro als RL-Entnahme unter VSt. 2/912008/2980/001 und 2,7 Mio. Euro als „Abfallstellung von übertragenen Mitteln“ unter 2/912008/2980/002 dargestellt.

Schulden

Die Schulden der Gebietskörperschaften teilen sich nach der VRV in Finanzschulden (RA-Beilage 6) und noch nicht fällige Verwaltungsschulden (RA-Beilage 8) auf:

Finanzschulden

- 28.1. In Anlehnung an § 65 des Bundeshaushaltsgesetzes sind Finanzschulden im Wesentlichen Geldverbindlichkeiten aus Darlehen, Krediten oder Anleihen, die zur Verschaffung von Deckungsmitteln für den eigenen Haushalt aufgenommen werden oder außergewöhnliche Finanzierungserleichterungen, bei denen die Zahlungen um mehr als 10 Jahre nach dem Empfang der Leistung hinausgeschoben werden.

Im RA des Landes scheinen seit dem Jahr 2002 keine Ist-Finanzschulden auf. Der im RA 2008 ausgewiesene Betrag von 421,8 Mio. Euro stellt den buchmäßigen Soll-Schuldenstand aus dem Haushaltsausgleich früherer Jahre dar. Diese Darlehen müssen erst aufgenommen werden, wenn es die finanzielle Lage des Landes erfordert.

- 28.2. Wie der LRH feststellte, war es dem Land vor Jahren möglich, sämtliche Finanzschulden zu tilgen und seither keine neuen Darlehen mehr im Haushalt aufzunehmen. Allerdings ging das Land bei der Finanzierung von Investitionen andere schuldrechtliche Verpflichtungen ein. So verlagerte das Land Fremdmittelaufnahmen auf Beteiligungsunternehmen und andere Rechtsträger. Diese Drittfinanzierungen zeigen sich im RA als Teil der noch nicht fälligen Verwaltungsschulden und der Haftungen. Die für den LRH wesentlichen finanziellen Verpflichtungen aus ausgelagerten Investitionsfinanzierungen stellen sich entsprechend der Nachweise zum RA wie folgt dar:

in Mio. Euro	2006	2007	2008	Diff. 07/08
Fremdfinanzierungen gespag	60,0	120,0	196,0	+76,0
Fremdmittelaufnahme der LIG	8,2	40,2	84,5	+44,3
Zwischenfinanzierung der Thermenholding	0	14,5	26,8	+12,3
Fremdmittelaufnahme der MTG	0	3,2	27,7	+24,5
Summe Beteiligungsunternehmen	68,2	177,9	335,0	+157,1
Darlehen der Ordenskrankenhäuser	196,0	229,0	267,8	+38,8
Private Vorfinanzierungen im Straßenbau ¹³	105,1	112,5	103,0	-9,5
LDZ – Mietverpflichtungen innerhalb des Kündigungsverzichts	118,3	114,6	111,0	-3,6
Investitionsfinanzierungen gesamt	487,6	634,0	816,8	+182,8

13 Die privaten Vorfinanzierungen im Straßenbau sind im Nachweis der noch nicht fälligen Verwaltungsschulden zum Jahresende 2008 mit 173 Mio. Euro als ausnutzbarer Rahmen ausgewiesen. Die tatsächlich vorfinanzierten Beträge beliefen sich Ende 2008 auf 103 Mio. Euro.

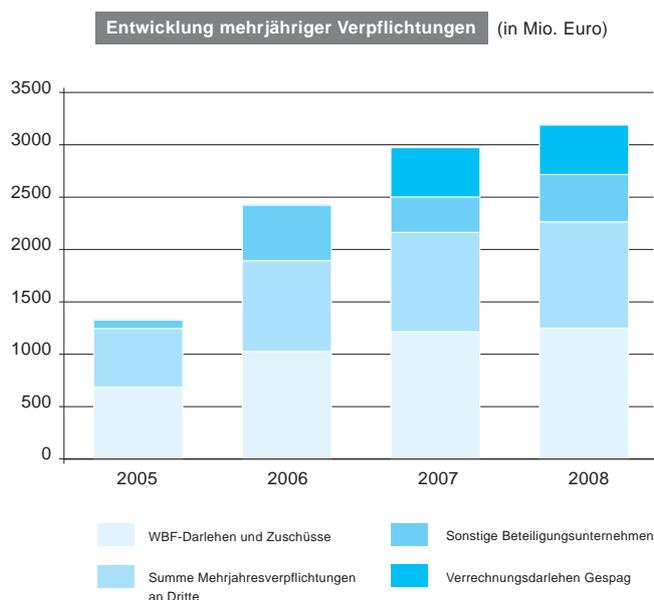
Wie obige Tabelle zeigt, beliefen sich diese Verbindlichkeiten 2006 auf 487,6 Mio. Euro, 2007 auf 634,0 Mio. Euro und 2008 bereits auf 816,8 Mio. Euro.¹⁴ Sie waren jährlich höher als die verfügbaren Mittel aus der Haushaltsrücklage. Weiters stellte der LRH fest, dass sich die Fremdfinanzierungen der Beteiligungsunternehmen im Jahr 2008 mit 335 Mio. Euro gegenüber dem Vorjahr nahezu verdoppelten.

Die Verpflichtungen aus den genannten Drittfinanzierungen werden das Land größtenteils erst in der Zukunft finanziell belasten. Für den LRH ist die Entwicklung dieser Finanzierungsverpflichtungen nicht unproblematisch, da diese Verbindlichkeiten bereits in den wirtschaftlich guten Jahren stark anstiegen und zur Bekämpfung der Wirtschaftskrise weiter wachsen werden. Wenn das Land auch in Zukunft ohne Aufnahme von Finanzschulden auskommen will, bedarf es großer Anstrengungen der Politik, damit sich das Ausgabenniveau des Landes wieder verstärkt den verfügbaren Einnahmen annähert.

Noch nicht fällige Verwaltungsschulden

- 29.1. Die noch nicht fälligen Verwaltungsschulden betreffen hauptsächlich mittel- bis langfristige Verbindlichkeiten des Landes, deren Rechtsgültigkeit und Höhe zwar feststehen, deren Fälligkeit am Ende des Jahres aber noch nicht eingetreten ist. Diese mehrjährigen Verpflichtungen sind von ihrem wirtschaftlichen Gehalt und ihrer Fälligkeit sehr unterschiedlich; teilweise korrespondieren sie mit Forderungen in gleicher Höhe. Nicht alle Mehrjahresverpflichtungen führen zu einer Budgetausweitung in kommenden Jahren.

Zum Ende des Jahres 2008 betragen sämtliche noch nicht fällige Verwaltungsschulden 3.188 Mio. Euro. Dieser Stand war um 216,1 Mio. Euro höher als im Vorjahr. Die Entwicklung seit 2005 stellte sich wie folgt dar:



14 Nicht enthalten sind in diesen Summen die Finanzverbindlichkeiten der Laho aus der Einlösung von WBf-Darlehen im Jahr 2007, da diese durch Rückzahlungen von WBf-Darlehensnehmern refinanziert werden.

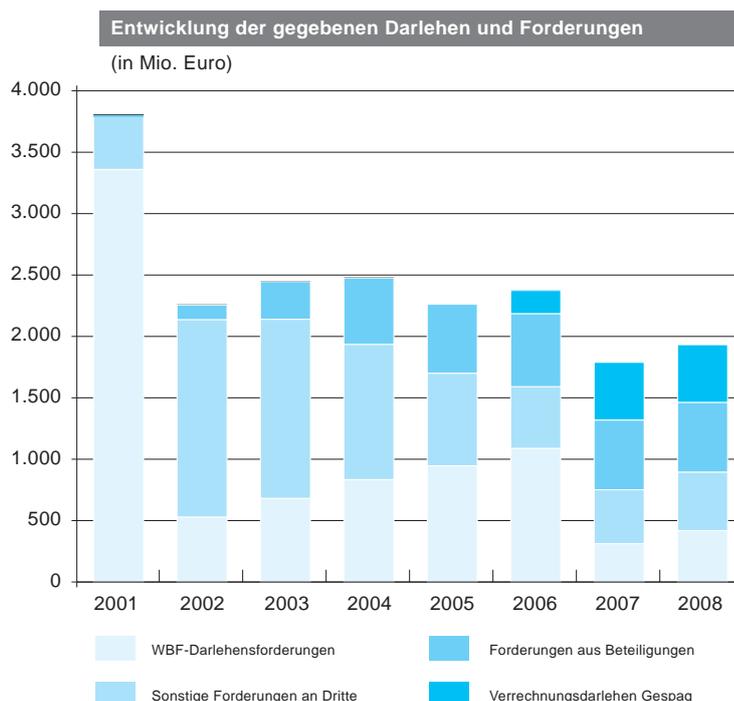
29.2. Der LRH sah für den Anstieg der noch nicht fälligen Verwaltungsschulden im Jahresvergleich 2007/08 folgende Ursachen:

- Mehrjahresverpflichtungen an Dritte durch Vorfinanzierungen im Straßenbau (+60,5 Mio. Euro), Investitionen bei den Ordenskrankenhäusern (+38,8 Mio. Euro) sowie laufende Zahlungen aus der Öko-Stromverordnung (+6,6 Mio. Euro) und der Pflege des Kurparks Bad Hall (+3,8 Mio. Euro)
- Zahlungsverpflichtungen für Fremdfinanzierungen der Beteiligungsunternehmen des Landes wie gespag, TIG, LIG und MTG (insgesamt +131,5 Mio. Euro)
- Zinsen- und Annuitätzuschüsse (+27,2 Mio. Euro) sowie zugesicherte Förderungsdarlehen (+8,9 Mio. Euro) im Rahmen der Wohnbauförderung

Nennenswerte Rückgänge bei diesen mehrjährigen Mittelzusicherungen ergaben sich im Fachhochschulbereich (-15,1 Mio. Euro), beim Nahverkehr (-6 Mio. Euro) und im Hochwasserschutz (-5,1 Mio. Euro). Nichtsdestotrotz stellt die ausgewiesene Summe an noch nicht fälligen Verwaltungsschulden den bislang höchsten Betrag dar. Auch wenn, wie bei den Verpflichtungen gegenüber der gespag (471,8 Mio. Euro), einzelnen Verbindlichkeiten gleich hohe Forderungen gegenüberstehen, werden viele der mehrjährigen Verpflichtungen zu einer erheblichen Zusatzbelastung des Budgets führen. Dies betrifft nach Ansicht des LRH vor allem Mehrjahresverpflichtungen an Dritte und Fremdfinanzierungen für Beteiligungsunternehmen.

Darlehen und noch nicht fällige Verwaltungsforderungen

30.1. Die gegebenen Darlehen und Forderungen (RA-Beilage 7a und 7b) lagen 2008 bei 1.932,3 Mio. Euro und ergaben im Mehrjahresvergleich folgendes Bild:

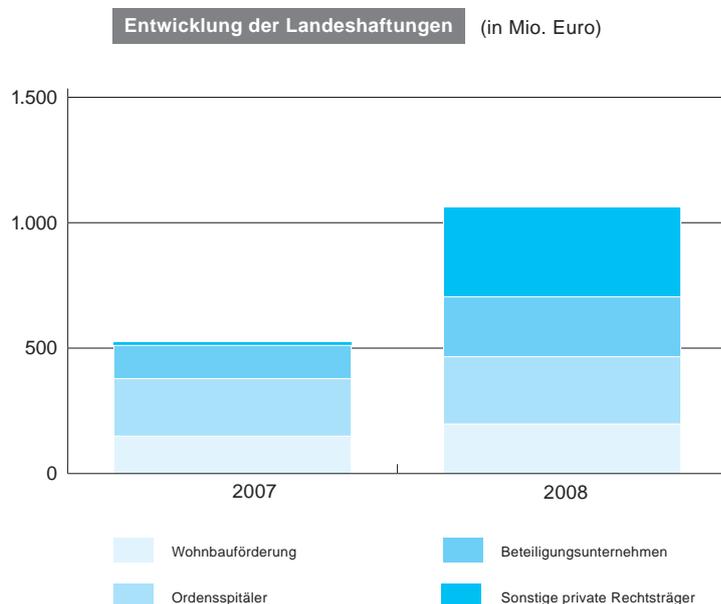


- 30.2. Wie der LRH erkannte, ist der Stand an gegebenen Darlehen und Forderungen im Jahr 2008 zwar leicht angestiegen, der deutliche Rückgang gegenüber den Vorjahren durch den mehrmaligen Verkauf von Wohnbauförderungsdarlehen wurde aber dadurch nicht kompensiert. Die Steigerung um 143,3 Mio. Euro im Jahr 2008 ergab sich vor allem aus dem Zugang von Forderungen aus Wohnbauförderungsdarlehen (+106,6 Mio. Euro) sowie aus der Errichtung und dem Betrieb der Straßenbahn auf das Harter Plateau (+30 Mio. Euro).

Haftungen

- 31.1. Als Haftung ist analog zur VRV das Entstehen für eine gesetzlich oder vertraglich begründete Verpflichtung zu verstehen. Im Haftungsnachweis (RA-Beilage 10) sind die meisten Haftungen betraglich beziffert. Betraglich nicht ausweisbar sind die Ausfallsbürgschaften für die gespag und die OÖ Landesbank AG. Ebenfalls verbal erläutert ist die Patronatserklärung des Landes für die OÖ Landesholding GmbH aus der Darlehensfinanzierung eingelöster WBF-Darlehen.

Bei den summenmäßig erfassten Haftungen stiegen die bewilligten Haftungsrahmen um 495 Mio. Euro auf 1.490,4 Mio. Euro. Die tatsächlich ausgenutzten Rahmen erhöhten sich um 541,4 Mio. Euro auf 1.063,0 Mio. Euro und setzten sich folgendermaßen zusammen:



- 31.2. Der LRH hielt folgende Hauptursachen für den markanten Anstieg der summenmäßig erfassten Haftungen fest:

- Übernahme einer Haftung von 350,1 Mio. Euro (Rahmen 400 Mio. Euro) zugunsten der B&C Holding GmbH durch das Land zur Absicherung des Wirtschaftsstandortes Lenzing. Solange das Haftungsrisiko nicht schlagend wird, profitiert der Landeshaushalt ab dem Jahr 2009 von jährlichen Haftungsprovisionen von ca. 5,6 Mio. Euro.

- Anstieg der Garantien für Fremdkapitalaufnahmen von Beteiligungsunternehmen um 106,2 Mio. Euro.
- Verstärkte Ausnutzung des Haftungsrahmens bei den Verbindlichkeiten der Ordensspitäler um 38,8 Mio. Euro.

Für den LRH ist nachvollziehbar, dass das Land aus wirtschaftspolitischen Überlegungen in Krisenzeiten verstärkt Haftungen für Unternehmenskredite übernimmt. In Anbetracht der 2009 zusätzlich geplanten Ausfallhaftungen hält es der LRH für wichtig, das Ausfallrisiko und die Auswirkungen auf den Landeshaushalt laufend zu beachten, worum die Direktion Finanzen bemüht ist. Aus der Sicht des LRH dürfen solche Ausfallhaftungen keinesfalls als Dauerlösung für Liquiditätsschwierigkeiten von Unternehmen angesehen werden.

Verwahrgelder und Vorschüsse

- 32.1. Der Stand an Verwahrgelder (RA-Beilage 12a) erhöhte sich 2008 von 426,4 Mio. Euro auf 1.014,3 Mio. Euro (+587,9 Mio. Euro). Hauptursache der Steigerung waren die Zuführungen zur Haushaltsrücklage von insgesamt 542,3 Mio. Euro.

Die Vorschüsse (RA-Beilage 12b) beliefen sich Ende 2008 auf 135,8 Mio. Euro (+1,1 Mio. Euro gegenüber dem Vorjahr). Dabei erhöhte sich der Stand der Vorschüsse bei den Abrechnungskonten der Nebenkassen um 1,3 Mio. Euro (Vorjahr: 0 Euro), was mit der Umstellung der Landeskinderheime Schloss Leonstein und Schloss Neuhaus sowie des Sozialpädagogischen Jugendwohnheimes Linz von Untervoranschlägen auf einen gemeinsamen Wirtschaftsplan ab 1.1.2008 zusammenhing. Um die Liquidität dieser drei Einrichtungen zum Jahresanfang 2008 zu gewährleisten, unterblieb nach Abstimmung mit der Direktion Finanzen die Betriebsmittelabfuhr von gesamt 1,3 Mio. Euro zum Jahresende 2007. Weiters genehmigte die Direktion Finanzen einen 10-jährigen Abstattungsplan für die Rückzahlung der Übernahmesalden (Kassenbestand, Bankguthaben, Wertzeichen, durchlaufende Gebarung, Einnahmenrückstände) an das Land.

- 32.2. Der LRH stellte in den Verwahrgeldern und Vorschüssen keine Beträge fest, die haushaltswirksam zu erfassen gewesen wären. Den Abstattungsplan für die Landeskinder- und Jugendwohnheime hielt der LRH aufgrund der langen Rückzahlungsdauer für relativ großzügig. Die an das Land zurückzuzahlenden Übernahmesalden betragen jährlich nur zwischen 36.000 Euro und 55.200 Euro je Einrichtung. Hingegen war für den LRH eine Abschreibung von 1 Mio. Euro nachvollziehbar. Sie betraf eine ausständige Personalaufwandsrefundierung, die aus der Zeit vor der Ausgliederung der damaligen Landeskuranstalt Bad Ischl stammt und ohne Finanzhilfe des Landes nicht einbringlich gewesen wäre.

Wertpapiere

- 33.1. Das Nominale der Wertpapiere belief sich zum Jahresende 2008 auf 393 Mio. Euro. Der Stand an Wertpapieren veränderte sich im Jahresvergleich 2007/2008 wie folgt:

Wertpapiere (WP) RA-Beilage 9 a	Vorjahr 31.12.2007	31.12.2008	+/- Veränderung	
	Nominale in Mio. Euro		+/- Prozent	
WP zu RL für Pensionen aus öff.-rechtl. Dienstverhältnis	15,0	15,0	0,0	0,0 %
WP zu RL für Pensionen der Gemeindebediensteten	13,0	13,0	0,0	0,0 %
WP Haushaltsrücklage	65,0	365,0	+300,0	+461,5 %
WP der allg. Geldbestände	1,5	0,0	-1,5	-100,0 %
Summe	94,5	393,0	+298,5	+315,9 %

Im Dezember 2008 zeichnete das Land 5.000 Stück voestalpine-Teilschuldverschreibungen, 2008 – 2011, zu einem Gesamtnennbetrag von 300 Mio. Euro. Diese liquiden Mittel aus der Haushaltsrücklage stammten aus einem Teil des Verkaufserlöses der Energie-AG-Anteile, die zuvor in Pfandbriefen veranlagt waren. Die vorübergehende Veranlagung in Pfandbriefe brachte dem Land einen Kursgewinn von 1,5 Mio. Euro.

Die Wertpapiere der allgemeinen Geldbestände liefen 2008 aus und die liquiden Mittel wurden nicht mehr weiter veranlagt. Die übrigen Wertpapiere blieben unverändert. Sie betrafen Veranlagungen der Haushalts-RL (65 Mio. Euro WAG-Genussrechte), der RL für Pensionen aus öffentlich-rechtlichen Dienstverhältnissen (15 Mio. Euro Hypo Hybridkapital) und der RL für Pensionen der Gemeindebediensteten (13 Mio. Euro Bankanleihen).

- 33.2. Nach Ansicht des LRH sind die Wertpapiere im Nachweis korrekt und vollständig dargestellt. Aus der Sicht des LRH wurde bei der Veranlagung der Mittel auf die Bestimmungen der HO geachtet.

Beteiligungen

- 34.1. Wie bereits in den Vorjahren wurden im Beteiligungsnachweis die direkten Beteiligungen des Landes mit Informationen zum Anfangs- und Endstand sowie zu den Veränderungen während des Jahres dargestellt. Zusätzlich wird der prozentuelle Anteil am Gesamtnominale angegeben. 2008 zeigte sich folgende Entwicklung:

Beteiligungen RA-Beilage 9 b	Vorjahr 31.12.2007	31.12.2008	+/- Veränderung	
	Nominale in Mio. Euro		+/- Prozent	
OÖ Landesholding GmbH	0,2	0,2	0,0	0,0 %
Energie AG Oberösterreich	74,6	46,8	-27,8	-37,3 %
Summe	74,8	47,0	-27,8	-37,2 %

Darüber hinaus werden freiwillig auch indirekte Beteiligungen des Landes, das sind die direkten Beteiligungen der OÖ Landesholding GmbH und jene der darunter liegenden „Branchenholdings“ aufgelistet.

- 34.2. Aus Sicht des LRH entspricht der Beteiligungsnachweis den Erfordernissen der VRV. Anzumerken ist, dass das Land im Nachweis bei der Energie AG OÖ als Anschaffungswert einen kumulierten Ausgabebetrag ohne Berücksichtigung von Abgängen angibt. Dies wird in einer Fußnote erläutert. Weitergehende Informationen zur Energie AG und OÖ Landesholding GmbH können den Konzernabschlüssen entnommen werden.

OÖ Landesholding GmbH und indirekte Beteiligungen des Landes

- 35.1. Das Land vereinnahmte 2008 eine Gewinnausschüttung der OÖ Landesholding GmbH von 2,2 Mio. Euro. Diese stammte nach Angaben des Bewirtschafters vor allem von der OÖ Landesbank AG sowie der Flughafen Linz GmbH.

Die im Nachweis angeführten Informationen (Höhe der nominellen Beteiligung, Gesamtnominale) zu den direkten Beteiligungen der OÖ Landesholding GmbH und jene der darunter liegenden „Branchenholdings“ gibt das Land freiwillig. Einige dieser Unternehmen erhielten 2008 folgende Gesellschafterzu- und -nachschüsse sowie Gesellschafterdarlehen:

Unternehmen	Zu- und Nachschüsse	Darlehen	Anmerkung
	Mio. Euro		
Dachstein Tourismus AG	0,50	0,41	
Eurothermenresort Bad Ischl GmbH & Co KG		1,00	
Eurothermenresort Bad Hall GmbH & Co KG		0,70	
gespag	70,22		45,8 Mio. Euro Trägerselbstbehalt 14,5 Mio. Euro Zinsen 10,0 Mio. Euro Investitionen
OÖ Thermenholding GmbH	0,03		
OÖ. Thermen-Immobilien GmbH	5,00		
Traunsee Touristik GmbH Nfg. & Co KG	2,05		davon 150.000 Euro Nachschuss (Transferzahlung)
Summe	77,80	2,11	

- 35.2. Der LRH stellte fest, dass sich die oa. indirekten Beteiligungen des Landes im Vergleich zum Vorjahr unwesentlich veränderten.¹⁵ Hinsichtlich der als Beteiligungserwerb ausgewiesenen Zuschüsse an die gespag verwies der LRH auf seine Ausführungen unter den Punkten 6.2. und 20.2. des Berichtes.

Energie AG Oberösterreich

- 36.1. Im Jahr 2008 reduzierte sich der nominelle Landesanteil an der Energie AG OÖ infolge des Verkaufs von Aktien auf 52,60 % (Vorjahr: 93,28 % vor KEH).
- 36.2. Der LRH geht im nachfolgenden Berichtspunkt auf den Aktienverkauf näher ein. Für Beraterkosten im Rahmen der Privatplatzierung der Aktien der Energie AG leistete das Land einen Kostenbeitrag von 0,36 Mio. Euro.

Verkauf von Anteilen der Energie AG

- 37.1. Nachdem ein beabsichtigter Börsengang der Energie AG nicht zustande kam, ermächtigte der Oö. Landtag in seiner Sitzung am 31.1.2008 die Oö. Landesregierung, Minderheitsanteile an der Energie AG durch Privatplatzierung zu verkaufen. Entsprechend dem LT-Beschluss sollten aus der vom Land OÖ gehaltenen Beteiligung am Grundkapital der Energie AG bis zu 27.807.000 Stückaktien um 24 Euro pro Aktie veräußert werden. Dabei legte der Oö. Landtag fest, dass weiterhin jedenfalls 46,818 Mio. Stückaktien bzw. 51 % des Grundkapitals vom Land zu halten und eine Stimmrechtsmehrheit zu sichern sind. Über Beschluss der Oö. Landesregierung vom 23.6.2008 verkaufte das Land um 667,368 Mio. Euro insgesamt 27.807.000 Stück Stammaktien an mehrere Investoren. Diese Maßnahme war im VA 2009 mit 600 Mio. Euro eingeplant. Nach einer im Zu-

15 Änderungen betrafen die Nationalpark Oö. Kalkalpen GmbH, die LAWOG Gemeinnützige Landes-Wohnungsgenossenschaft für OÖ eing. GenmbH und die Lokalbahn Vöcklamarkt – Attersee AG, wobei die Änderung bei der Nationalpark Oö. Kalkalpen GmbH im RA 2008 irrtümlich erfolgte.

ge des Verkaufs vorgenommenen Kapitalerhöhung um 9 Mio. Euro¹⁶ stieg das Grundkapital der Energie AG auf 89 Mio. Euro, das in Stückaktien (88.600.000 Stammaktien und 400.000 Vorzugsaktien ohne Stimmrecht) mit einem Nennbetrag von jeweils einem Euro zerlegt ist. Nach dem Verkauf der Anteile hielt das Land zum 31.12.2008 insgesamt 46.818.000 Stammaktien mit Stimmrecht, das sind 52,604 % des Grundkapitals. Sobald der Vorstand der Aktiengesellschaft von seiner Ermächtigung (siehe Hauptversammlung vom 3.7.2008) Gebrauch macht, das Grundkapital bis zum Jahr 2013 um weitere 2,8 Mio. Euro zwecks Mitarbeiterbeteiligung zu erhöhen, wird der Beteiligungsanteil des Landes auf 51 % sinken.

- 37.2. Der LRH stellte fest, dass im Jahr 2008 durch 27.807.000 verkaufte Stückaktien der Beteiligungsanteil des Landes an der Energie AG von 83,848 % (nach KEH) auf 52,604 % zurückging. Der Verkaufserlös von 667.368.000 Euro entsprach dem vom Oö. Landtag beschlossenen Verkaufspreis von 24 Euro je Aktie. Diesen Stückpreis hielt der LRH in Anbetracht des schwierigen Marktumfeldes für angemessen, zumal dieser geringfügig höher war als jener Betrag, den das Land beim Rückkauf von Anteilen 2006/2007 selbst aufwenden musste. Auch die Mehreinnahmen gegenüber dem VA 2009 von 67,4 Mio. Euro lassen auf erfolgreiche Bemühungen zur Ertragsoptimierung beim Verkauf schließen.

Sonstige Schwerpunktthemen

Aufbau eines internen Kontrollsystems

Projekttablauf

- 38.1. Im Sinne des WOV 2015 entwickelte die Direktion Finanzen im Jahr 2007 ein internes Kontrollsystem (IKS). IKS gilt als Managementinstrument, das von Führungskräften und Mitarbeitern erarbeitet wird, um bestehende Risiken zu erfassen und diese zu steuern. Damit sollte gewährleistet sein, dass die Organisation ihre Aufgaben und Ziele erfüllen kann. Für die Ausarbeitung des IKS wurde eine Projektgruppe unter Einbindung eines externen Experten eingerichtet.

Im Rahmen der Analyse des IKS in der Direktion Finanzen erörterte der LRH schwerpunktmäßig dessen Aufbau in der Landesbuchhaltung. Zur Überprüfung des Umsetzungsstandes wurden innerhalb der Landesbuchhaltung Interviews mit Führungskräften und Mitarbeitern geführt. Darüber hinaus ging der LRH näher auf einzelne Teilprodukte durch Analyse von Risiken und Kontrollschritten ein.

- 38.2. Der LRH begrüßte die Initiativen der Direktion Finanzen, ein IKS zu installieren. Er anerkannte die professionelle Projektabwicklung und Dokumentation der Ergebnisse. Dabei war für den LRH insbesondere beim IKS der Landesbuchhaltung eine sorgfältige Detailanalyse erkennbar. Vor allem hielt er die Vorgangsweise bei der Risikobewertung für zweckmäßig und auf künftige IKS-Projekte anderer Organisationseinheiten übertragbar.

¹⁶ Die KEH erfolgte durch die Ausgabe von 9.000.000 Stück jungen Aktien zum Ausgabekurs von 24 Euro. Der Erlös von 216 Mio. Euro wurde ausschließlich von den privaten Investoren finanziert und kam der Gesellschaft zu Gute.

Zahlungsvollzug und Kassenmanagement

- 39.1. In seiner Analyse konzentrierte sich der LRH schwerpunktmäßig auf das Teilprodukt „Zahlungsvollzug und Kassenmanagement“. Zu diesem Zweck wurde in der Landesbuchhaltung ein Auszahlungsvorgang nachvollzogen und überprüft.
- 39.2. Bei der Überprüfung des Auszahlungsvorganges vor Ort fand der LRH keine Hinweise auf Kontrolldefizite im Teilprodukt Zahlungsvollzug und Kassenmanagement. Allerdings beinhaltet der gesamte Buchhaltungsprozess auch die Mittelbewirtschaftung bei den Fachabteilungen, wodurch auf dieser Ebene Risiken entstehen (zB Anordnungsbefugnis, Mittelbindung, Schnittstellenprobleme). Bislang wurde bei den Bewirtschaftern allerdings noch kein durchgängiges IKS-Konzept entwickelt. Aus Sicht des LRH wird es notwendig sein, die für das Rechnungswesen relevanten Teile des IKS-Konzeptes der Landesbuchhaltung auf die Mittelbewirtschaftler (inkl. Neben- und Sonderbuchhaltungen) schrittweise auszudehnen. Dabei sollte die Landesbuchhaltung die Mindeststandards festlegen und bei der Umsetzung mitwirken.

Umstellung von Untervoranschlägen in Wirtschaftspläne für Landespflege- und Betreuungszentren sowie für Kinderheime

- 40.1. Im November 2006 wurde aufgrund eines amtsinternen Abschlussberichtes für die Erweiterung des unternehmerischen Handlungsspielraums festgelegt, dass vier Landespflege- und Betreuungszentren und drei Landeskinder- und Jugendwohnheime ab 1.1.2008 von Untervoranschlägen auf Wirtschaftspläne umgestellt werden. Im Rahmen dieser Umstellung wurden die geprüften Schlussalden aus den Untervoranschlägen des RA 2007 in die Eröffnungsbilanz der LPBZ und LKiH übertragen. Dadurch wurden die offenen Salden (Einnahmen- und Ausgabenreste) in der Haushaltsrechnung ausgeglichen. Seither stellen diese Beträge im RA des Landes Vorschüsse dar, die sukzessive abzustatten waren bzw. sind.

Bei den LPBZ wurden Stände bzw. offene Posten von den Konten Kassa, Bank, Wertzeichen, Vorschüsse und Verwahrgelder in der Höhe von 162.483,38 Euro übernommen. Dieses „Startkapital“ stellte das Land OÖ den LPBZ als Vorschuss zur Verfügung, der vereinbarungsgemäß im Laufe des Jahres 2008 zurück bezahlt wurde.

Bei den LKiH waren Stände bzw. offene Posten in Höhe von 1.301.865,86 Euro in die Eröffnungsbilanz zu übernehmen. Um die Liquidität der drei Anstalten sicher zu stellen und Kontoüberziehungen zu vermeiden, mussten 2008 noch keine Mittel an das Land abgeführt werden. Nach einem Abstattungsplan soll die Rückzahlung des „Startkapitals“ ab 2009 bis 2018 in gleich hohen Raten erfolgen.

- 40.2. Der LRH stellte bei der Überprüfung der Übernahme der Salden vom Rechnungsabschluss 2007 (Buchungskreis Land) in die Wirtschaftspläne keine Mängel fest. Die offenen Forderungen der LPBZ wurden ordnungsgemäß im Jahr 2008 an das Land abgestattet. Die LKiH müssen die Mittel lt. Abstattungsplan erst ab dem Jahr 2009 zurück bezahlen. Der LRH wird die vereinbarte Abstattung des offenen Vorschusses bei künftigen Prüfungen des RA beobachten.

Umsetzung von Empfehlungen aus der Prüfung des RA 2007

Der Ausschuss für Finanzen des Oö. Landtags behandelte in seiner Sitzung am 19.6.2008 den Bericht des LRH über die Initiativprüfung „Rechnungsabschluss 2007 des Landes OÖ“ (Zl. LRH-100003/182-2008-Mü). Dabei stellte der Ausschuss fest, dass drei Punkte als Beanstandungen und Verbesserungsvorschläge im Sinne des § 9 Abs. 2 des Oö. LRHG zu betrachten sind. Der LRH setzte sich in den Punkten 41 bis 43 mit der Umsetzung dieser Empfehlungen auseinander. Unter der Kennzeichnung 1 der genannten Punkte ist der Inhalt der Empfehlungen entsprechend dem beschlussmäßigen Auftrag des Ausschusses für Finanzen wieder gegeben. Unter der Kennzeichnung 2 beurteilte der LRH den Stand der Umsetzung der jeweiligen Empfehlung.

Reduzierung des Finanzbedarfes zum Haushaltsausgleich

- 41.1. Finanzbedarf zum Haushaltsausgleich weiter reduzieren und Haushaltsstruktur verbessern:
1. Etwaige Mehreinnahmen gegenüber dem Voranschlag verstärkt zur Reduzierung des jährlichen Finanzbedarfes zum Haushaltsausgleich nutzen und weniger Nachtragsmittel bereit stellen. (siehe Berichtspunkte 3.2. und 9.2. des Berichtes zum RA 2007; Umsetzung ab sofort)
 2. Förderausgaben nach Maßgabe der Möglichkeiten reduzieren und bei größeren Förderbeträgen den Bedarf konsequent und nachvollziehbar auf Bewirtschafterebene prüfen. (siehe Berichtspunkte 14.2., 15.2. und 23.2. des Berichtes zum RA 2007; Umsetzung ab sofort)
- 41.2. Wie bereits unter den Punkten 4.2. und 9.2. hervorgeht, verbesserte sich im Jahr 2008 zwischenzeitig die Haushaltsstruktur durch Einnahmenezuwächse, der Finanzbedarf zum Ausgleich der Haushaltsrechnung wurde verringert. Die Mehreinnahmen gegenüber dem VA mussten nicht in voller Höhe zur Bedeckung zusätzlicher Ausgaben im Nachtragsvoranschlag herangezogen werden. Dies verminderte den Finanzbedarf zum Haushaltsausgleich.¹⁷ Dieser Punkt wurde 2008 erfüllt. Er wird auch in der Zukunft weiter zu beachten sein. Der zweite Entlastungsvorschlag, Förderausgaben nach Maßgabe der Möglichkeiten zu reduzieren, wurde aus der Sicht des LRH wenig ambitioniert verfolgt. 2008 wurden keine nennenswerten Möglichkeiten genutzt, um Förderausgaben zu reduzieren. In Summe stiegen die Förderausgaben im Jahresvergleich 2007/2008 an. Hinsichtlich der angeregten Verstärkung der Bedarfsprüfung bei der Zuerkennung von Förderungen stellte der LRH zB bei der Folgeprüfung „Widmungsgemäße Verwendung von Förderungsmitteln durch 5 Vereine und Organisationen“ Verbesserungen fest. Ansonsten sind die Aktivitäten im Rahmen der Bedarfsprüfung

¹⁷ Im VA 2008 wurden Einnahmen für die laufende Gebarung von 3.983,1 Mio. Euro budgetiert. Die tatsächlichen Einnahmen beliefen sich auf 4.122,2 Mio. Euro. Aus den Mehreinnahmen von 139,1 Mio. Euro wurden 86,2 Mio. Euro für Nachtragsmittel herangezogen und der Rest für die Verbesserung der Haushaltsstruktur verwendet. Allein von den Mehreinnahmen bei Ertragsanteilen und sonstigen Einnahmen aus dem Finanzausgleich wurden allgemeine Deckungsmittel von 7,2 Mio. Euro eingespart.

jeweils im Einzelfall zu beurteilen. Der LRH wird im Rahmen seiner Prüfungstätigkeit auch in Zukunft verstärkt auf die Möglichkeiten zu Verbesserungen und Einsparungen bei Förderungen hinweisen.

In Umsetzung

Verzicht auf endfällige Fremdmittelaufnahmen

- 42.1. Endfällige Fremdmittel nur in begründeten Ausnahmefällen aufnehmen und in dieser Hinsicht auf die vom Land zu finanzierenden Beteiligungsunternehmen im Rahmen der Möglichkeiten einwirken. (siehe Berichtspunkt 39.2. des Berichts zum RA 2007; Umsetzung ab sofort)
- 42.2. Im Zuge der Prüfung des RA 2007 stellte der LRH fest, dass die gespag endfälliges Fremdkapital von insgesamt 120 Mio. Euro in Form von Anleihen aufnahm. Seither deckte die gespag ihren Finanzbedarf mittels kurzfristiger Barvorlagen mit Laufzeiten von 3 bzw. 6 Monaten. Diese kurzfristigen Verbindlichkeiten können aus derzeitiger Sicht wiederum nur durch Aufnahme weiterer Kredite zurück bezahlt werden. Das Land wird daher zusätzliche Mittel bereit zu stellen haben.
Auch bei den anderen Beteiligungsunternehmen fand der LRH keine Hinweise für die Aufnahme von weiteren endfälligen Fremdmitteln.

Vollständig umgesetzt

Standardisierung von Bewirtschaftermeldungen für noch nicht fällige Verwaltungsschulden

- 43.1. Bewirtschaftermeldung für noch nicht fällige Verwaltungsschulden weiter standardisieren (siehe Berichtspunkt 26.2. des RA 2007; Umsetzung ab sofort)
- 43.2. In den Richtlinien zur Erstellung des RA 2008 legte die Direktion Finanzen eine neue Form der Meldung über die noch nicht fälligen Verwaltungsschulden fest. Diese wurden von den bewirtschaftenden Stellen mit einer Ausnahme auch eingehalten. Aus Sicht des LRH erhöhte sich die Aussagekraft der Meldungen vor allem durch die Angabe der Fälligkeitszeitpunkte.

Vollständig umgesetzt

5 Anlagen

2 Beilagen

Linz, am 16. Juni 2009

Dr. Helmut Brückner
Direktor des Oö. Landesrechnungshofes

Pflicht- und Ermessensausgaben

Ggr.	Pflichtausgaben	2006	2007	2008	Veränderung 2007/2008
		RA-Werte in Mio. Euro			
0	Leistungen für Personal	1.024,3	1.051,3	1.080,4	29,1
1	Amtssachausgaben	32,6	35,8	35,7	-0,2
2	Anlagen	105,1	471,9	167,6	-304,4
4	Förderungsausgaben, laufende Gebarung	738,6	731,9	814,2	82,3
6	Förderungsausgaben, Vermögensgebarung	383,7	387,5	125,8	-261,7
8	Sonstige Sachausgaben, Pflichtausgaben, übertragene Mittel auf das Folgejahr	1.537,0	1.631,4	2.403,0	771,5
	Summe	3.821,3	4.309,9	4.626,6	316,7
Ermessensausgaben					
3	Anlagen	0,4	0,2	0,3	0,1
5	Förderungsausgaben, laufende Gebarung	378,0	409,5	440,6	31,1
7	Förderungsausgaben, Vermögensgebarung	8,1	11,4	10,8	-0,6
9	Sonstige Sachausgaben	18,7	21,5	18,3	-3,2
	Summe	405,2	442,6	470,0	27,4
	Gesamtausgaben	4.226,5	4.752,6	5.096,6	344,1

Im Jahresvergleich 2007/2008 stiegen die Pflichtausgaben um 316,7 Mio. Euro und die Ermessensausgaben um 27,4 Mio. Euro. Die Entwicklung bei den Pflichtausgaben war primär geprägt vom Rückkauf von Anteilen der Energie AG im Jahr 2007 (Ggr. 2) und dem Wiederverkauf von höheren Anteilen dieses Unternehmens im Jahr 2008. Dadurch konnten vorerst nicht benötigte Einnahmen der Haushaltsrücklage zugeführt werden, sodass die Sachausgaben (Ggr.8) in den Pflichtausgaben anstiegen. Weiters führte die Umstellung der Finanzierung des Betriebsabganges der gespag von Darlehen auf Zuschüsse zu einer größeren Verschiebung von Förderungsausgaben der Vermögensgebarung (Ggr. 6) zu Sachausgaben (Ggr. 8). Die Ausgabenerhöhung bei den Ermessensausgaben verteilte sich hauptsächlich auf die Haushaltsgruppen 2, 4, 5, 6 und 7.

Die reinen **Förderausgaben im Pflicht- und Ermessensbereich** (Ggr. 4, 5, 6, 7) waren 2008 mit 1.391,4 Mio. Euro um 96,1 Mio. Euro bzw. 7,4 % höher als im Vorjahr, wenn man diese um die Darlehensdarstellung gespag (2007 rd. 245 Mio. Euro) bereinigt.

Ausgabenverteilung nach Referaten 2008

Referat	Gesamt- ausgaben 2008 (Mio. Euro)		Anteil an Gesamt- ausgaben des RA	Pflichtausgaben (Ggr. 0,1,2,4,6,8)		Anteil an Referats- ausgaben des RA	Ermessens- ausgaben (Ggr. 3,5,7,9)		Anteil an Referats- ausgaben des RA
	VA	RA		VA	RA		VA	RA	
11 Erste Landtagspräsidentin Orthner	8,5	7,8	0,2%	8,5	7,8	99,6%	0,0	0,0	0,4%
21 LH Dr. Pühringer*	1.785,5	2.138,7	42,0%	1.692,5	2.041,9	95,5%	93,0	96,8	4,5%
31 LH-Stv. Hiesl	862,2	874,8	17,2%	818,3	832,3	95,1%	43,9	42,5	4,9%
32 LH-Stv. Dipl.-Ing. Haider	110,6	118,1	2,3%	61,0	95,6	81,0%	49,6	22,5	19,0%
41 Landesrat Sigl	243,6	248,5	4,9%	153,1	156,9	63,1%	90,6	91,7	36,9%
42 Landesrat Dr. Stockinger	221,6	242,9	4,8%	184,8	206,8	85,1%	36,8	36,1	14,9%
43 Landesrat Dr. Kepplinger	306,0	307,1	6,0%	300,7	303,0	98,7%	5,3	4,0	1,3%
44 Landesrat Ackerl	522,5	536,9	10,5%	424,9	444,6	82,8%	97,6	92,3	17,2%
45 Landesrätin Dr. Stöger	572,0	567,9	11,1%	529,8	527,9	92,9%	42,1	40,1	7,1%
46 Landesrat Anschober	58,4	53,7	1,1%	11,5	9,8	18,3%	46,9	43,9	81,7%
Summe	4.691,0	5.096,6	100,0%	4.185,1	4.626,6	90,8%	505,9	470,0	9,2%

* Im Ressort sind die großteils vom Bund refundierten Ausgaben für Landeslehrer und diverse ressortübergreifende Finanztransaktionen wie zB Rücklagenzuführungen enthalten.

Abweichungen gegenüber dem Voranschlag inkl. NVA 2008 von über 1 Mio. Euro

Unterabschnitt inkl. Text		Mehrausgaben (Mio. Euro)	maßgebliche Gründe für die Abweichung zum VA 2008
912	Rücklagen ohne übertragbare Mittel	72,1	72,1 Mio. Euro durch zusätzliche Zuführungen zur Haushaltsrücklage
419	Einrichtungen und Maßnahmen im Sozialbereich	38,5	Die Ausgaben im ChG-Bereich waren nicht budgetiert und entstanden mit Inkrafttreten des Oö. Chancen-Gleichheitsgesetz am 1.9.2008, wo wesentliche Maßnahmen des SHG- und BHG-Bereich in das CHG überführt wurden.
849	Sonstige Liegenschaften	12,1	Zuschüsse (7,6 Mio. Euro) und Investitionsdarlehen an die LIG
914	Beteiligungen	10,4	3,1 Mio. Euro zusätzliche Mittel an die gespag 4,8 Mio. Euro Gesellschafterzuschüsse an die OÖ Thermen-Immobilien GmbH und an die Thermenholding GmbH sowie 2,1 Mio. Euro Gesellschafterdarlehen für die Dachstein Tourismus AG und das Eurothermen Resort Bad Hall
782	Wirtschaftspolitische Maßnahmen	6,5	Errichtung des Dieselmotorenwerk in Steyr (2 Mio. Euro) Rest EU-kofinanzierte Maßnahmen in Ziel 2-Gebieten
748	Notstandsmaßnahmen	4,1	2,4 Mio. Euro für die Behebung von Katastrophenschäden 2,2 Mio. Euro für den Hochwasserschutz-Aussiedler/innen
482	Wohnbauförderung	3,0	für die Förderung alternativer Energien
612	Gemeindestraßen	2,9	für den Straßenneu- und -umbau
381	Maßnahmen der Kulturpflege	2,9	für Ausstellungen und Veranstaltungen des Landes und für die Europäische Kulturhauptstadt
222	Berufsbildende höhere Schulen	2,7	Förderung von Schulbauten für Fachschulen, für Altendienste und Pflegehilfe; von Ordensgemeinschaften wurden größere Bauvorhaben an berufsbildenden Schulen begonnen
992	Forderungsberichtigungen und Abschreibungen	2,0	1. Tranche LIG-Darlehensberichtigung, Eurothermen Resort Bad Ischl GmbH & CoKG
530	Rettungsdienste	2,0	Beiträge für Krankentransport
620	Förderung der Wasserversorgung	1,9	Investitionsdarlehen an Gemeinden für Wasserversorgungsanlagen
280	Universitäts- und Hochschulförderung	1,9	Johannes Kepler Universität Linz - Beiträge an Forschungsinstitute
650	Eisenbahnen	1,8	Förderung von Privatbahnen - Lokalbahnstrecke Lambach - Haag am Hausruck
690	Verkehr, Sonstiges	1,6	Anstieg der Fernpendlerbeihilfe
611	Landesstraßen	1,5	Erhaltung der Straßen
417	Pflegesicherung	1,4	Kostenanstieg beim Pflegegeld
771	Förderung des Tourismus	1,3	Tourismuseinrichtungen und -betriebe
020	Allgemeine Angelegenheiten	1,3	Amtsgebäude, Informationstechnologie, Baudienstzentralangelegenheiten
080	Landesbedienstete ohne Lehrer/innen	1,0	Pensionen der Landesbediensteten ohne Lehrer/innen

Unterabschnitt inkl. Text		Mindereinnahmen (Mio. Euro)	maßgebliche Gründe für die Abweichung zum VA 2008
910	Geldverkehr	16,5	Die fehlenden Zinserträge und Kursgewinne wurden bei den Pensionen der Landesbediensteten ohne Lehrer/innen eingenommen
426	Flüchtlingshilfe	8,0	Einnahme vom Bund kam verspätet, im Haushalt 2009 verbucht
411	Maßnahmen der allgemeinen Sozialhilfe	4,9	Mindereinnahmen resultieren durch die Verlagerung in den ChG-Bereich
413	Maßnahmen der Behindertenhilfe	3,9	
208	Pensionen der Landeslehrer/innen	1,0	bei allgemeinbildene und berufsbildende Pflichtschulen sowie Landwirtschaftliche Berufs- und Fachschulen

Die Mehrausgaben gegenüber dem VA inkl. NVA wurden durch übertragene Mittel aus Vorjahren, Mehreinnahmen oder Ausgabeneinsparungen in anderen Bereichen finanziell bedeckt.

Rechnungsquerschnitte 2006 - 2008

Anlage 3

Teil 1 Laufende Gebarung						
KZ	Bezeichnung der Kennziffer	2006	2007	2008	+/- Veränderung 2007/08	
		in Mio. Euro				+/- Prozent
19	Einnahmen der laufenden Gebarung (Summe 1)	3.630,9	3.839,1	4.096,5	+257,4	+6,7 %
10	Eigene Steuern	28,5	18,2	17,6	-0,6	-3,1 %
11	Ertragsanteile	1.402,6	1.506,9	1.817,5	+310,6	+20,6 %
12	Einnahmen aus Leistungen	67,8	80,2	68,6	-11,6	-14,4 %
13	Einn. aus Besitz u wirtschaftlicher Tätigkeit	48,8	66,1	80,6	+14,5	+21,9 %
14	Lfd. Transferzahlungen von Trägern des öff. Rechts	1.861,7	1.946,5	1.904,3	-42,2	-2,2 %
15	Sonstige laufende Transfereinnahmen	150,5	158,7	162,6	+3,8	+2,4 %
16	Einn. aus Veräußerung u. sonst. Einnahmen	70,8	62,5	45,4	-17,1	-27,4 %
29	Ausgaben der laufenden Gebarung (Summe 2)	3.098,8	3.242,2	3.597,6	+355,4	+11,0 %
20	Leistungen für Personal	1.024,3	1.051,3	1.080,4	+29,1	+2,8 %
21	Pensionen und sonstige Ruhebezüge	411,4	420,5	436,0	+15,4	+3,7 %
22	Bezüge der gewählten Organe	13,4	13,7	14,7	+1,0	+7,4 %
23	Gebrauchs- u. Verbrauchsgüter, Handelswaren	50,1	49,5	44,7	-4,8	-9,7 %
24	Verwaltungs- und Betriebsaufwand	433,7	460,2	468,2	+7,9	+1,7 %
25	Zinsen für Finanzschulden	0,5	13,7	0,2	-13,5	-98,3 %
26	Lfd. Transferzahlungen an Träger des öff. Rechts	258,6	245,9	259,2	+13,3	+5,4 %
27	Sonstige laufende Transferzahlungen	906,9	987,4	1.294,2	+306,8	+31,1 %
91	Ergebnis der laufenden Gebarung (SALDO 1)	532,1	596,9	498,9	-97,9	-16,4 %
Teil 2 Vermögensgebarung						
KZ	Bezeichnung der Kennziffer	2006	2007	2008	+/- Veränderung 2007/08	
		in Mio. Euro				+/- Prozent
39	Einnahmen der Vermögensgebarung ohne Finanztransaktionen (Summe 3)	33,1	30,5	28,7	-1,7	-5,7 %
30	Veräußerung von unbeweglichem Vermögen	10,3	2,8	0,3	-2,6	-90,9 %
31	Veräußerung von beweglichem Vermögen	0,8	0,6	0,6	+0,0	-6,0 %
34	Kapitaltransferzahlungen von Trägern des öff. Rechts	22,0	26,9	27,8	+0,9	+3,2 %
35	Sonstige Kapitaltransfereinnahmen	0,1	0,1	0,1	+0,0	+34,6 %
49	Ausgaben der Vermögensgebarung ohne Finanztransaktionen (Summe 4)	443,6	428,4	449,6	+21,2	+5,0 %
40	Erwerb von unbeweglichem Vermögen	70,3	71,4	69,7	-1,7	-2,4 %
41	Erwerb von beweglichem Vermögen	20,9	19,6	18,7	-0,9	-4,5 %
42	Erwerb von aktivierungsfähigen Rechten	2,2	1,2	1,7	+0,6	+47,0 %
44	Kapitaltransferzahlungen an Träger des öff. Rechts	222,3	216,8	236,7	+20,0	+9,2 %
45	Sonstige Kapitaltransferzahlungen	127,9	119,4	122,7	+3,3	+2,7 %
92	Ergebnis der Vermögensgebarung ohne Finanztransaktionen (SALDO 2)	-410,5	-397,9	-420,9	-22,9	+5,8 %
	SALDO 1 plus SALDO 2	121,5	199,0	78,1	-120,9	-60,8 %

Kennziffern mit Nullwerten im Rechnungsquerschnitt sind in der Übersicht nicht enthalten

Rechnungsquerschnitte 2006 - 2008

Anlage 3

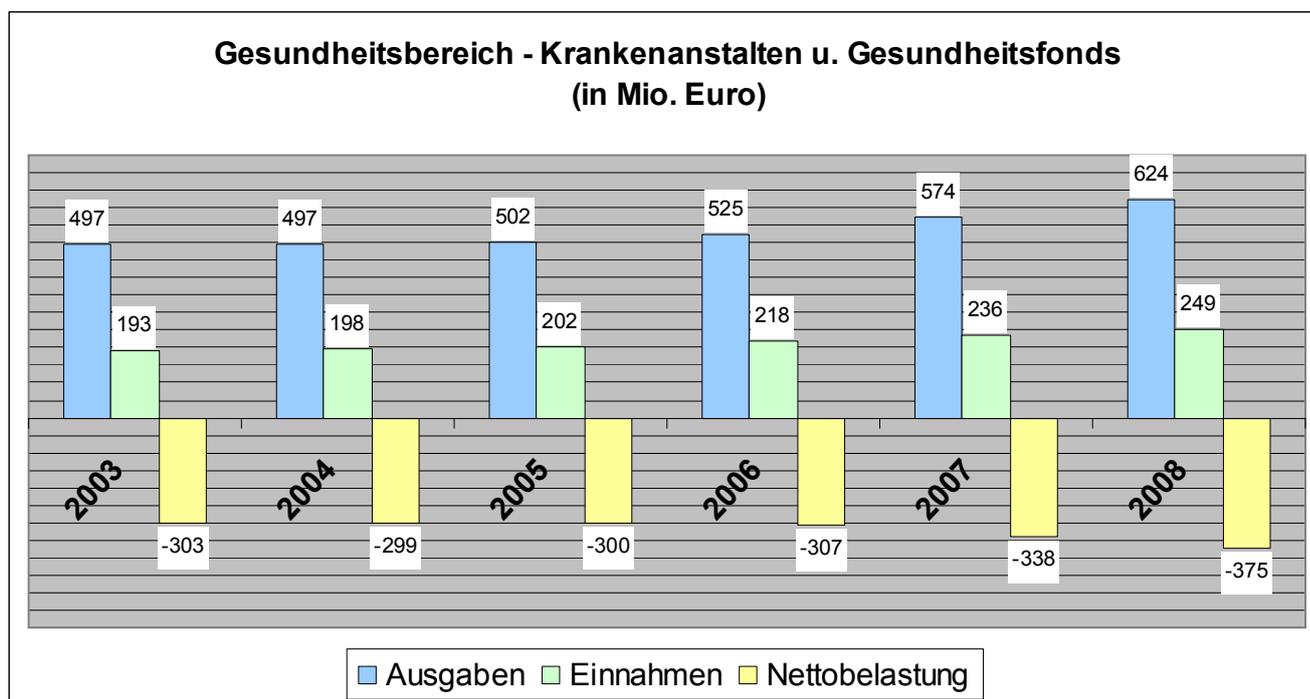
KZ	Bezeichnung der Kennziffer	2006	2007	2008	+/- Veränderung 2007/08	
		in Mio. Euro			+/- Prozent	
59	Einnahmen aus Finanztransaktionen (Summe 5)	562,5	883,0	971,4	+88,4	+10,0 %
50	Veräußerung v. Beteiligungen u. Wertpapieren	0,1	0,0	667,4	+667,4	+100,0 %
52	Entnahmen aus Rücklagen	526,0	345,9	279,5	-66,4	-19,2 %
53	Einn. aus d. Rückz. v. Darl. an Träger d. öff. Rechts	1,9	1,8	1,5	-0,3	-19,1 %
54	Einn. aus d. Rückz. v. Darl. an sonst. Untern., Haush.	34,6	535,2	23,0	-512,3	-95,7 %
69	Ausgaben aus Finanztransaktionen (Summe 6)	684,1	1.081,9	1.049,4	-32,5	-3,0 %
60	Erwerb von Beteiligungen und Wertpapieren	12,1	379,9	77,6	-302,3	-79,6 %
62	Zuführungen an Rücklagen	278,5	301,0	833,2	+532,2	+176,8 %
63	Gewähr. v. Darl. an Träger d. öff. Rechts	11,1	12,8	11,4	-1,5	-11,3 %
64	Gewähr. v. Darl. an sonst. Untern., Haushalte	382,3	388,2	127,2	-261,0	-67,2 %
93	Ergebnis der Finanztransaktionen (SALDO 3)	-121,5	-199,0	-78,1	+120,9	-60,8 %
94	Jahresüberschuss/-fehlbetrag +/- (SALDO 4)	0,0	0,0	0,0	+0,0	+0,0 %

Übersicht Gesamthaushalt						
80	Einnahmen der laufenden Gebarung und der Vermögensgebarung	4.226,5	4.752,6	5.096,6	+344,1	+7,2 %
79	Gesamteinnahmen (Summe 7)	4.226,5	4.752,6	5.096,6	+344,1	+7,2 %
82	Ausgaben der laufenden Gebarung und der Vermögensgebarung	4.226,5	4.752,6	5.096,6	+344,1	+7,2 %
89	Gesamtausgaben (Summe 8)	4.226,5	4.752,6	5.096,6	+344,1	+7,2 %
99	Administratives Jahresergebnis	0,0	0,0	0,0	+0,0	+0,0 %

Kennziffern mit Nullwerten im Rechnungsquerschnitt sind in der Übersicht nicht enthalten

Gesundheitsbereich – Krankenanstalten und Gesundheitsfonds

Die Einnahmen und Ausgaben für eigene Krankenanstalten, Krankenanstalten anderer Rechtsträger und den Oö. Gesundheitsfonds zeigten in den Jahren 2003 bis 2008 folgende Entwicklung:



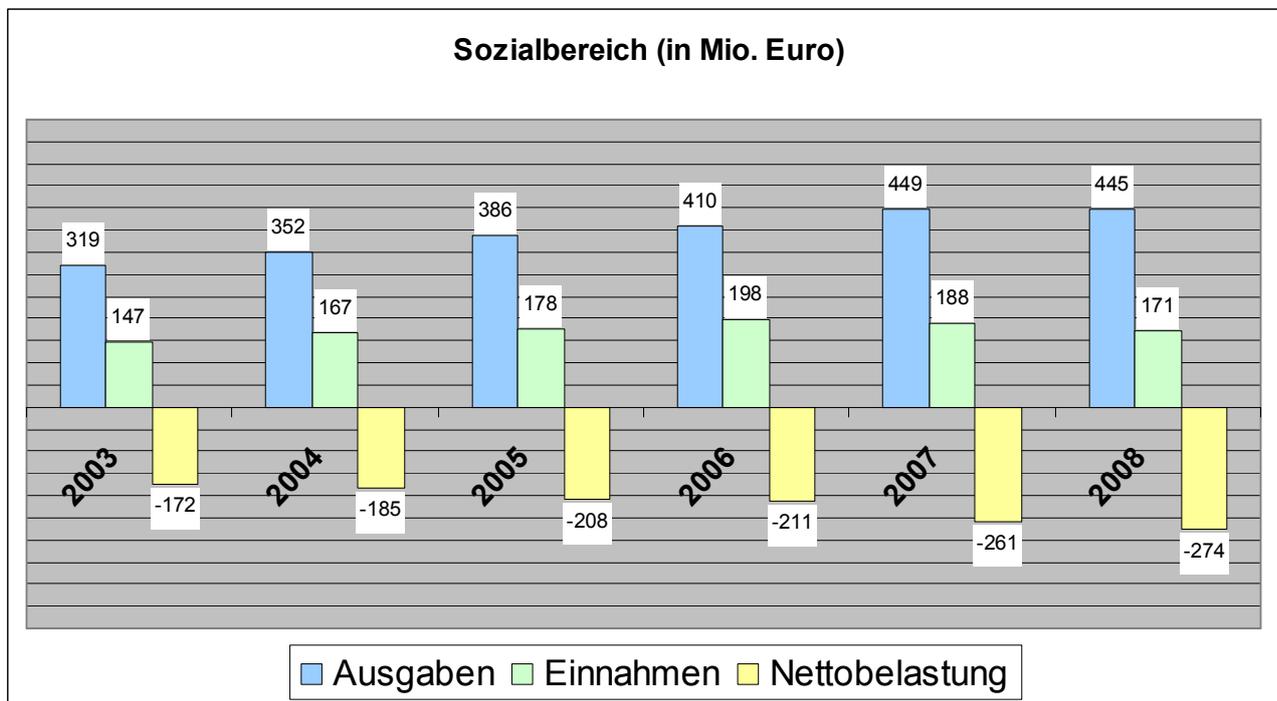
Die Nettobelastung des Landeshaushaltes durch die Krankenanstalten und den Gesundheitsfonds stieg seit 2003 um 23,7 % von 303,3 Mio. Euro auf 375,2 Mio. Euro. Nachstehende Tabelle stellt das Ausgabenwachstum im Zeitraum 2003 bis 2008 in Mio. Euro dar:

Betriebsabgangsdeckung	2003	2004	2005	2006	2007	2008	Gesamt
gespag	186,2	181,4	183,8	191,4	207,3	224,5	1.174,6
Orden	147,2	164,0	189,7	191,0	209,5	222,7	1.124,1
AKH	48,6	53,1	51,0	59,3	67,2	64,6	343,9
	382,1	398,5	424,6	441,8	484,0	511,8	
Trägerselbstbehalt gespag	37,1	33,6	35,6	36,7	39,0	45,8	227,7
Investitionen							
gespag	30,0	20,0	0,0	0,0	0,0	10,0	60,0
Orden	4,1	1,5	2,9	4,2	7,5	12,1	32,2
AKH	6,8	8,2	0,2	1,0	2,2	1,7	20,0
	40,9	29,6	3,1	5,2	9,6	23,7	
Oö. Gesundheitsfonds	36,7	35,0	39,0	41,4	41,4	43,6	237,1
Gesamtausgaben	496,7	496,8	502,2	525,1	574,0	624,9	

Die Gesamtausgaben der Krankenhäuser stiegen in den Jahren 2003 bis 2008 um 25,8 % von 496,7 Mio. Euro auf 624,9 Mio. Euro. Die Betriebsabgangsdeckung wuchs um 33,9 % von 382,1 Mio. Euro auf 511,8 Mio. Euro an. Der Trägerselbstbehalt für die gespag erhöhte sich bis 2007 geringfügig, 2008 gab es jedoch eine Steigerung von 6,8 Mio. Euro. Die Landesbeiträge für Investitionen gingen von 40,9 Mio. Euro auf 9,6 Mio. Euro im Jahr 2007 zurück und stiegen 2008 um 14,1 Mio. Euro. Die Beiträge für den Oö. Gesundheitsfonds stiegen um 18,8 % von 36,7 Mio. Euro auf 43,6 Mio. Euro.

Sozialbereich – öffentliche und freie Wohlfahrt

Die Einnahmen und Ausgaben der allgemeinen öffentlichen Wohlfahrt und der freien Wohlfahrt (Abschnitt 41 und 42) zeigten in den Jahren 2003 bis 2008 folgende Entwicklung:



Die öffentliche Wohlfahrt (Abschnitt 41) umfasst vor allem Einrichtungen der allgemeinen Sozialhilfe (UA 410), Maßnahmen der allgemeinen Sozialhilfe (UA 411) und der Behindertenhilfe (UA 413) sowie sonstige Einrichtungen und Maßnahmen nach dem Oö. Chancengleichheitsgesetz (UA 419). Die freie Wohlfahrt (Abschnitt 42) betrifft primär die Flüchtlingshilfe (UA 426) und sonstige Einrichtungen und Maßnahmen (UA 429). Die Nettobelastung des Landeshaushaltes durch die öffentliche und freie Wohlfahrt stieg seit 2003 von 172,4 Mio. Euro auf 274,1 Mio. Euro im Jahr 2008 (+58,97 %).

Bei der **allgemeinen öffentlichen Wohlfahrt** (Abschnitt 41) stiegen die Ausgaben in den Jahren 2003 bis 2007 um 32,6 % von 296,6 Mio. Euro auf 393,3 Mio. Euro und fielen 2008 um 4,6 Mio. Euro auf 388,7 Mio. Euro. Dieser Rückgang ist auf die Umstellung von Untervoranschlägen auf Wirtschaftspläne bei den Landespflege- und Betreuungszentren zurückzuführen. Ohne Berücksichtigung der Landespflege- und Betreuungszentren ergeben sich Mehrausgaben von 12,4 Mio. Euro.

Mit Inkrafttreten des Oö. Chancengleichheitsgesetz per 1.9.2008 verlagerten sich die Ausgaben für **Maßnahmen der allgemeinen Sozialhilfe** (UA 411) und **der Behindertenhilfe** (UA 413) auf den Bereich **Sonstige Einrichtungen und Maßnahmen** (UA 419). Für die Betrachtung der Ausgaben wurden diese drei Bereiche zusammen gefasst. Die jährlichen Mehrausgaben stiegen von 2003 bis 2008 um 61,9 % von 125,5 Mio. Euro auf 203,2 Mio. Euro. Im Jahresvergleich 2007/2008 erhöhten sich die Ausgaben um 11,2 Mio. Euro. Der Großteil der Mehrausgaben entfiel auf soziale und mobile Dienste, Ausbau der Alten- und Pflegeheime sowie auf zusätzliche Mittel für Pflegegeld und Wohnen.

Bei der **freien Wohlfahrt** (Abschnitt 42) wuchsen die Ausgaben im Zeitraum 2003 bis 2008 um 152,3 % von 22,7 Mio. Euro auf 57,2 Mio. Euro. Die Ausgaben der **Flüchtlingshilfe** (UA 426) stiegen bis 2006 von 5,4 Mio. Euro auf 34,6 Mio. Euro und gingen bis 2008 um 3 Mio. Euro auf 31,6 Mio. Euro zurück. Die Ausgaben im Bereich **sonstige Einrichtungen und Maßnahmen** (UA 429) erhöhten sich seit 2003 von 16,5 Mio. Euro auf 24,7 Mio. Euro. Dieser Anstieg ist größtenteils auf zusätzliche Mittel für Heizkostenzuschuss und Beschäftigungspakt zurückzuführen.

AKTENVERMERK

Gegenstand: Schlussbesprechung über die Initiativprüfung betreffend den Rechnungsabschluss des Landes OÖ für das Verwaltungsjahr 2008

Aktenzahl: 100003/207-2009-Mü

Ort und Datum: 4020 Linz, Promenade 31, am 4.6.2009

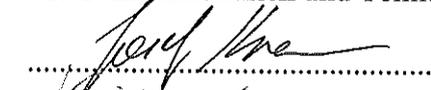
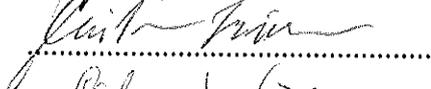
Teilnehmerinnen und Teilnehmer: Direktion Finanzen:
Landesfinanzdirektor Dr. Josef Krenner
Reg.-Rat OAR Gerhard Nigl
OAR Friedrich Hintenaus
Direktion Finanzen, Landesbuchhaltung:
Buchhaltungsvorstand OAR Roland Reichl
OAR Johannes Kriegner

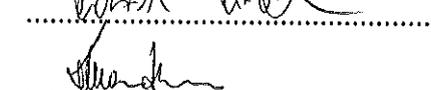
Mitglieder des LRH: Martin Mühlbacher MBA, Prüfungsleiter
Pauline Gmeiner
Daniela Grillberger
Mag. Thomas Hammer

Den oben angeführten Teilnehmerinnen und Teilnehmern ist das vorläufige Ergebnis der Initiativprüfung in der gegenständlichen Schlussbesprechung vollinhaltlich zur Kenntnis gebracht worden.

Die von den Teilnehmerinnen und Teilnehmern mündlich eingebrachten Stellungnahmen wurden eingearbeitet (Kennzeichnung mit 3 an der zweiten Stelle und mit Kursivdruck). Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer behalten sich die Abgabe einer schriftlichen Stellungnahme gemäß § 6 Abs. 5 Oö. LRHG vor.

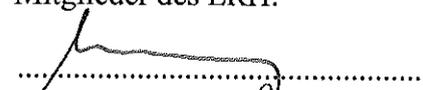
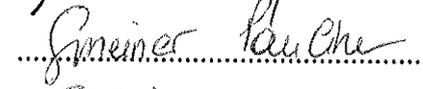
Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer:


.....

.....

.....

.....

.....
.....

Mitglieder des LRH:


.....

.....

.....

.....
.....

AKTENVERMERK

Gegenstand: Schlussbesprechung über die Initiativprüfung betreffend den Rechnungsabschluss des Landes OÖ für das Verwaltungsjahr 2008

Aktenzahl: LRH-100003/206-2009-Mü

Ort und Datum: 4020 Linz, Landhausplatz 1, am 9.6.2009

Teilnehmerinnen und Teilnehmer: Landeshauptmann Dr. Josef Pühringer
Landesfinanzdirektor Dr. Josef Krenner

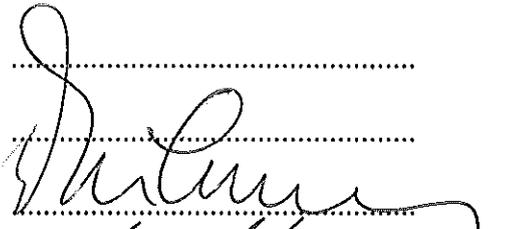
Mitglieder des LRH: Direktor Dr. Helmut Brückner
Martin Mühlbacher MBA, Prüfungsleiter

Den oben angeführten Teilnehmerinnen und Teilnehmern ist das vorläufige Ergebnis der Initiativprüfung in der gegenständlichen Schlussbesprechung vollinhaltlich zur Kenntnis gebracht worden.

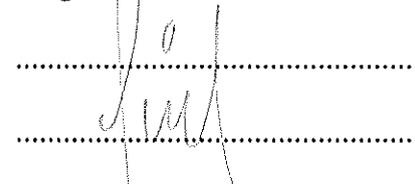
Über den Inhalt des vorgetragenen Ergebnisses konnte inklusive der während der Schlussbesprechung vorgenommenen Änderungen übereinstimmende Auffassung erzielt werden. Die von den Teilnehmerinnen und Teilnehmern mündlich eingebrachten Stellungnahmen wurden eingearbeitet (Kennzeichnung mit 3 an der zweiten Stelle und mit Kursivdruck).

Die oben angeführten Teilnehmerinnen und Teilnehmer verzichten auf die gemäß § 6 Abs. 5 Oö. LRHG eingeräumte Gelegenheit zur Abgabe einer schriftlichen Stellungnahme zum vorläufigen Ergebnis.

Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer:

.....
.....

.....
.....
.....
.....

Mitglieder des LRH:

.....
.....

.....
.....
.....
.....